

DSKV-BEFREIUNG

Wer einer Pflichtversicherung angehört, kann auf Antrag vom vollen Versicherungsschutz der (ansonsten obligatorischen) DSKV befreit werden. Er zahlt dann statt des Sozialbeitrags von 111,— DM nur noch 27,— DM. Zur Antragstellung genügt eine Bescheinigung der Versicherung, aus der hervorgeht, daß der Versicherungsschutz bis zum 31. 3. 72 gewährleistet ist. Ohne diese Bescheinigung kann keine Befreiung vorgenommen werden.

Die Befreiung von den DSKV-Beiträgen ist in Baracke 8, Zimmer 3 (hinter der alten Mensa) möglich. **Ausschlußtermine: 15. 10. für Neuimmatrikulierte, 22. 10. für Rückmelder!!!!** Öffnungszeiten: 9 — 16 Uhr.

Wer schon den Krankenversicherungsbeitrag gezahlt hat, kann einen formlosen Antrag auf Rückerstattung der 84,- DM stellen; es gelten hier dieselben Fristen wie oben. Eine Verlängerung dieser Frist ist nur u. U. möglich, da sonst die Auszahlung der Rückerstattungsbeiträge zu lange verzögert wird.

7. 10.

1971



10 Pf

Nr. 82

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

BSZ stellt sich vor

In der BSZ-Redaktion wurde eine Koalition dreier Gruppen eingegangen, die bereits seit einem Monat bemüht sind, ihre gemeinsame Schreibtischstrategie zu entwickeln. Es kämpfen heldengleich mit Kulli, Maschine und viel Papier: Erich Eisel (SHB), Bernd Holzrichter (REF) und Harald Jung (SAG). Da wir uns durchaus der Verantwortung bewußt sind, die in unserer Tätigkeit liegt — immerhin haben wir die Aufgabe, dem studentischen Pöbel an der Ruhr-Uni schwarz auf weiß vorzumachen, wie es ein Prof. nannte — erlauben wir uns, unsere Vorstellungen über Sinn und Zweck der BSZ kurz darzulegen.

Die BSZ soll nicht, wie die meisten anderen Studentenzeitungen, ein Organ werden, das zu lesen die Lektüre von Marx-Engels-Werken bis mindestens Band 26 voraussetzt, sie soll auch kein Organ werden, daß die Interessen und Kämpfe der Studenten darstellt und anregt mit jeweils gruppenspezifischen Brettern vernagelt, sondern sie soll ein Organ werden, in dem sich die progressiven Studenten artikulieren können, egal ob sie in einer politischen Hochschulgruppe sind oder sich einzeln auf dem Campus herum schlagen, ein Organ, in dem die Studentenschaft ihre Probleme und Fragen zum Ausdruck bringen und diskutieren kann, ohne daß die Artikel zuvor durch REF-, SAG- oder SHB-Zensur zu gehen haben. Die Geschehnisse und Kämpfe an der Hochschule sollen artikuliert werden von den betroffenen und kämpfenden Studenten aus der Sicht dieser Studenten und nicht von der Redaktion aus der Sicht der Redaktion. Die Redaktion hat die Aufgabe, für den reibungslosen technischen Ablauf zu sorgen und die hoffnungslos schwachsinnigen und klar gegen studentische Interessen gerichtete Artikel auszulesen („Also doch vernagelt“ werden

Spartakus, BSU und RCDS schreiben, Sollen sie, sollen sie!!).

Wir werden uns bemühen, unseren Senf nur dann dazugeben, wenn wir selbst aktiv in die Kämpfe verwickelt sind oder wenn es sich um Artikel im Rahmen des Internationalismus und sozialistischer Theorie handelt. Kurz: die BSZ soll eine Massenkampfezeitung werden und kein Schulbuch.

DAS setzt voraus, daß ihr eng mit uns zusammenarbeitet und uns die Bude einrennt (Bar. I Raum 10 oder ASTA-Sekretariat).

Da sozialistischer Hochschulkampf nicht abstrahiert werden kann von den Kämpfen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, werden wir von Fall zu Fall auch Betriebs-, Lehrlings- und Schülergruppen zu Wort kommen lassen. Und der ASTA darf ab und zu auch mal was sagen, aber nur wenn er als kämpfender Vertreter der Studentenschaft spricht und nicht, um die Hirngespinnste irgendwelcher Hintermänner zu verbreiten, wie wir es auch schon erlebt, bei der Zusammensetzung und dem Selbstverständnis dieses ASTA aber hoffentlich nicht zu erwarten haben.



„Es ist eine fürchterliche Verantwortung, die Meinung von Millionen zu formen.“

Neuer AStA im Amt

Am 8. Juli wählte das Studentenparlament (SP) einen neuen ASTA: Reinhard Greeven (SHB), Renate Zimmermann-Eisel (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Hans-Georg Sänger (SAG) und Eva Adameit (SHB). SHB und SAG waren mit 16 bzw. 10 Stimmen als Sieger aus den Wahlen zum 5. Studentenparlament hervorgegangen. Die Wahl des neuen ASTA, der neben SHB und SAG von REF (3 Sitze) getragen wird, zeigt deutlich, daß einer zunehmenden Zahl von Studenten bewußt geworden ist, daß der Formierung der Hochschule nur durch eine linke ASTA-Politik begegnet werden kann, wie sie im letzten Jahr vom SHB, gemeinsam mit den SAG, begonnen wurde.

Die rechten Gruppen BSU und RCDS erlitten bei den Wahlen schwere Einbußen. Die BSU verlor auf Anhieb ein Drittel ihrer Sitze. Trotz ihres liberalen Images hat sie nicht verbergen können, daß sie letztendlich die Politik derjenigen betreibt, die uns als Handlanger des Kapitals die Formierung der Hochschule aufzwingen wollen.

Der Politik des Spartakus, der zu Beginn des Sommersemesters aus dem ASTA ausgetreten war, weil er im UP seine verfehlte Mitbestimmungspolitik besser durchsetzen zu können glaubte, wurde mit nur 3 SP-Sitzen eine klare Absage erteilt.

Der neue ASTA geht davon aus, daß der Kampf gegen die Formierung der Hochschule als Teil des Kampfes gegen das kapitalistische System weder durch illusionistische „Mitbestimmung“ in Universitätsgremien oder moralische Appelle an die Regierung (Spartakus) noch durch parlamentarische Interventionen (BSU) geführt werden kann. Unser Kampf muß vielmehr dort ansetzen, wo sich die Formierung konkretisiert: in den einzelnen Fachschaften und Abteilungen. Staatlichen „Reformmaßnahmen“ wie Einführung des 6-Semester-Kurzstudiums, Oxytrierung staatlicher Studien- und Prüfungsord-

nungen, Studienüberwachung etc. kann nur durch Druck der studentischen Massen wirksam begegnet werden.

Das heißt: das Hauptziel der Arbeit des ASTA muß es sein, als Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf immer mehr Studenten aufzuklären über die massiv auf die Hochschule zukommenden Formierungsmaßnahmen (Bildungsgesamtplan, Hochschulrahmengesetz, BAFöG) in ihren inhaltlichen Bestimmungen, ihren konkreten Auswirkungen und ihrem gesellschaftlichen Bezug, und immer mehr Studenten einzubeziehen in die aktive politische Arbeit.

Das kann nur bedingt geschehen durch zentrale Informationskampagnen und Teach-ins des ASTA. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt daher in den Fachschaften.

Als Antwort auf die Studienreform von oben müssen alternative Studienmodelle entwickelt, ihre praktische Umsetzung und möglichst institutionelle Verankerung erkämpft werden. Der Gefahr einer bornierten Fachperspektive muß begegnet werden durch den Ausbau des Projektbereichs Lehrerausbildung und den Aufbau weiterer Projektbereiche. Gremienpolitik hat im Rahmen der ASTA-Konzeption nur flankierende und teilweise absichernde Funktion, während die Sozialpolitik unmittelbar einbezogen werden muß in unseren politischen Kampf.

Der Schwerpunktsetzung unserer Arbeit entspricht die Referatsaufteilung innerhalb des ASTA: das Fachschaftsreferat ist zweimal besetzt: Renate Zimmermann-Eisel (Schwerpunkt Geisteswissenschaften) und Bernd Bekemeier (Schwerpunkt Naturwissenschaften). Die Projektbereiche und allgemeine Organisation liegen in der Verantwortung von Hans-Georg Sänger, Reinhard Greeven hat das Gremienreferat und die Finanzpolitik übernommen, Eva Adameit des Sozialreferat.

DB: In Viehwaggons schlafen . . .

Im WS 71/72 wird nach offizieller Schätzung mit einem Fehlbedarf von 25 000 Wohnplätzen für die Studenten des Landes NRW zu rechnen sein. Bochum ist einer der Hochschulorte, an dem die studentische Wohnungssituation besonders katastrophal ist. Es werden voraussichtlich 2000 — 3000 Plätze fehlen. Das liegt einmal daran, daß Bochum keine Universitätsstadt im traditionellen Sinne ist, also auch kaum freie Räume in Privatwohnungen existieren, die zur Untervermietung an Studenten geeignet wären. Zum anderen ist die Fehlplanung der Landesregierung bei der Gründung der Universität im Hinblick auf die zu erwartenden Studentenzahlen für die Wohnungsmisere verantwortlich zu machen.

So gibt es z. Z. etwa 1450 Wohnheimplätze, denen etwa 15 000 Studenten im WS 71/72 gegenüberstehen werden.

Geplant sind weitere 2835 Plätze, die aber frühestens 1973 zur Verfügung stehen werden.

Hinzu kommt, daß für die wenigen Zimmer, die z. Z. zur Verfügung stehen, teilweise unzumutbare hohe Mietpreise verlangt werden. Durch diese Misere entsteht — neben dem fachlich-strukturellen NC — ein zusätzlicher sozialer Numerus Clausus, da es vielen Studenten nicht — oder nur unter unzumutbar schlechten Bedingungen — möglich ist, an dem von ihnen gewünschten Hochschulort zu studieren.

In der augenblicklichen Situation ist es notwendig, durch kurzfristige Maßnahmen zumindest die größte Wohnungsnot zu beseitigen. Aktionen, wie die vom letzten ASTA durchgeführte Zeltaktion auf dem Husemannplatz, erscheinen zum jetzigen Zeitpunkt als sinnlos, da der Wohnungsmarkt so gut wie ausgeschöpft ist und solche Kampagnen daher nur zu skrupelloser Ausnützung der Wohnungsmisere durch die Vermieter in Form überhöhter Mietforderungen führen würden.

Der ASTA und das Studentenwerk haben deshalb in einem Brief an Rau als Übergangslösung die sofortige Errichtung von 1000 im Fertigbauverfahren zu erstellende barackenähnliche Wohnplätze gefordert. Die Verhandlungen dazu laufen z. Z. Desweiteren wurden verschiedene Vermieter von Wohnwagen angeschrieben, jedoch mit negativer Reaktion.

Die Deutsche Bundesbahn, an die wir uns mit der Bitte um Bereitstellung alter Personenwagen gewandt hatten, besaß die Unverschämtheit, uns ausrangierte Güterwaggons als Wohnungen anzubieten.

Es darf nun aber keinesfalls der Fehler gemacht werden, die studentische Wohnungsnote isoliert zu betrachten, da sie nur ein Ausdruck der Wohnungsmisere innerhalb der gesamten Bevölkerung ist.

Als Folge des Lücke-Plans (Aufhebung des Mieterschutzgesetzes, des Mietstopps und der Wohnungsbewirtschaftung; Integration des Wohnungsbaus in die Marktwirtschaft) trat eine ständige Erhöhung der Wohnungsmieten wesentlich aufgrund des spekulativen Anstiegs

der Bodenpreise ein, zugleich ging seit der Freigabe der Bodenpreise und der Mieten der Wohnungsbau erheblich zurück.

Schon 1968 lag das Wohnungsdefizit in der BRD nahezu bei 1 Mill. Kapitalistische Baufirmen, Wohnungsgesellschaften und Hausbesitzer sind die Nutznießer dieser Misere, wobei eine zunehmende Konzentration des Miethaus- und Grundbesitzes in den Händen weniger zu verzeichnen ist.

Es muß deshalb in Anbetracht der allgemeinen Situation die For-

derung nach verstärkter Erweiterung des sozialen Wohnungsbaus erhoben werden, mit dem Ziel ausreichenden Wohnraums zu sozial tragbaren Mieten für alle, darunter dann auch für Studenten.

So kann auch die Forderung nach verstärktem Bau von Studentenwohnheimen langfristig keine Lösung sein, da sie 1. Privilegien für Studenten schafft (ständige Politik) und 2. die Ghetto-Situation der Studenten — in Bochum schon durch die Lage der RUB gegeben — verstärkt, wodurch u. a. eine bessere Kontrolle der Studenten erreicht werden soll.

Es ist allerdings sicher, daß eine echte Lösung der allgemeinen Wohnungsmisere in unserem bestehenden System, d. h. ohne Beseitigung beispielsweise des kapitalistischen Grund- und Bodenrechts — nicht erreicht werden kann. Der Kampf gegen die Wohnungsnot, gegen die Profitmacherei auf dem Wohnungsmarkt, für einen „befriedigenden“ sozialen Wohnungsbau muß daher notwendig ein antikapitalistischer sein.



. . . aber auch in Uninähe sind noch Plätze frei.

TEACH-IN
ZUR
2500-JAHR-FEIER
IN PERSIEN
DIENSTAG,
12. OKTOBER,
14.00 HZO 80

INHALT:

Blutsauger in Persien	S. 2
Faillard 2. Staatskommissar	S. 3
LINKE DISKUSSION: Parlamentarismus	S. 4
Profs beschießen Profs	S. 5
Alles über BAFöG	S. 6

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Lennershofstraße 156
hinter der Mensa

asta-aktionsprogramm

Wie sieht's heute aus an der Uni? Für die Studierenden stellt sich mittlerweile die Studiensituation folgendermaßen dar:

- * Bundesausbildungsförderungsgesetz
 - zur Zeit völliges Chaos bei der Bewilligung
 - Förderbeiträge, die die Preisentwicklung großzügig übersehen
 - Verkürzung der Stipendendauer auf in der Regel 6 Semester
 - in Zukunft keine studentische Mitbestimmung mehr bei der Fördervergabe usw. usf.Und das wurde — man erinnere sich — als „Reform“ verkauft.
- * Numerus Clausus:
 - besteht bereits in: Psychologie - Medizin - Maschinenbau - Pädagogik
 - geplant in: Biologie - Chemie - Physik - Mathematik - Elektrotechnik - WirtschaftswissenschaftenVor Jahren noch Verstoß gegen das Grundgesetz (Mediziner konnten einen Studienplatz einklagen), wird der N. C. heute als legitimes Mittel der Hochschulplanung (allerdings nur in vertraulichen Papieren) eingesetzt.
- * Leistungsdruck:
 - Biologie: 30 Wochenstunden allein an der Universität (ganz abgesehen von der häuslichen Arbeitszeit), ähnlich: Maschinenbau - Elektrotechnik - Chemie - Physik
 - Wirtschaftswissenschaften: Durchfallquote bei Zwischen- und Diplomprüfung: 40 %
 - brutale Dimensionen erreicht der Leistungsdruck bei den „Reform“-vorschlägen: der Wissenschaftsrat schlägt bereits Physikstudiengänge mit 44 Wochenstunden vor.

Was geht hier vor? Planen hier wildgewordene Bildungspolitiker? Gibt es so etwas wie eine wissenschaftlich-technische Revolution, die uns überrollt?

Die Blutsauger

Am 15. Oktober wird die Feier zum 2500. Bestehen des Kaiserreiches in Persien beginnen. Mehr als 50 Staatsoberhäupter mit mehr als 500 Gefolgsleuten werden auf Kosten der unterdrückten Massen des Iran die persische Geschichte stiletlich erleben. 1000 ausländische Journalisten dürfen über das — hauptsächlich von Siemens für \$ 275 Mio. gebaute — Fernseh- und Telefonnetz die gesamte Welt über das lächerliche Schauspiel in der Wüste informieren. Über das Ausmaß an Prunk und Verschwendung brauchen wir hier nicht näher zu berichten — nicht nur die deutsche Boulevardpresse schwelgt ja seit Wochen in Kilometern von Samt und Seide, Tonnen von Kaviar und Zuchtperlen.

Der Militärdiktator des Iran, der selbsternannte Schahinshah Aryamer (Sonne der Arier) versucht mit allen Mitteln, den reibungslosen Ablauf dieser Feiern zu garantieren. Allein im letzten Monat wurden im Iran 4000 Menschen in die Folterkammern des Schah geworfen — die meisten auf Grund eines eilig erlassenen Gesetzes, das dem persischen Volk sogar das Witzmachen über die Feier verbietet.

Wozu aber braucht das Schah-Regime dieses Milliarden-Spektakel? Trotz einer 80000 Mann starken Geheimpolizei, der vom CIA aufgebauten SAVAK, und einer Armee von 200 000 Mann, deren einzige Aufgabe die Liquidierung jeglicher Oppositionen im Lande ist, hat der Widerstand gegen die Imperialisten und ihre Lakeien im Iran nie aufgehört.

Das Schah-Regime, das seine heutige Existenz vor allem den US-Imperialisten zu verdanken hat, versucht, sich durch eine massive Propaganda eine gewisse Unterstützung zu schaffen. Die sog. „Weiße Revolution“ und bes. die „Agrarreform“ waren Maßnahmen, die einerseits dazu bestimmt waren, die Rebellion der Bauernmassen zu beschwichtigen, andererseits die Kapitalisierung der Landwirtschaft und deren bessere Ausbeutung durch in- und ausländisches Kapital zu ermöglichen.

Nach 10 Jahren „Weiße Revolution“ müssen die Iraner mehr hungern als zuvor. Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete am 8. 7. 71: „Die Experten der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) errechnen, daß der Durchschnittsperser täglich 2400 Kalorien zu sich nehmen sollte, um bei Kräften zu bleiben. In Wirklichkeit aber standen ihm vor dreißig Jahren bloß 2010, vor zwanzig Jahren nur noch 1811 und vor zwei Jahren sogar nur noch 1650 Kalorien zur Verfügung.“

Die offizielle Zeitung „Neuer Iran“ mußte sogar melden: „Eine Untersuchung in einigen iranischen Provinzen hat ergeben, daß rund ein Drittel der Kinderpatienten an nichts ersterem leidet als an Unterernährung. Jedes zweite dieser Kinder starb binnen vierzehn Tagen nach der Einlieferung in das Krankenhaus.“

Dabei darf man nicht vergessen, daß die armen Bauernkinder nie ein Krankenhaus von innen sehen. In den süd-östlichen Provinzen Siestan und Balutschistan mit 5 Mill. Einwohnern gibt es nur 61 Ärzte, 41 Prozent der persischen Familien leben in einem Zimmer, 75 Prozent der Unterkünfte haben keinen Strom, 85 Prozent kein Wasser, der tägliche Fleischverbrauch in Teheran beträgt 43 Gramm pro 1000 Mann. Der Schah wurde vor zwei Jahren von der UNESCO für seinen „Kampf“ gegen den Analphabetismus ausgezeichnet, obwohl immer noch mehr als 50 Prozent der Kinder keine Schule besuchen.

Die von den Imperialisten gebauten Montagewerke für Konsumgüter und die von den US-Kapitalisten und den Sozialimperialisten der UdSSR errichteten Agrarkomplexe werden als Industrialisierung bezeichnet. Trotzdem steigt die Zahl der Arbeitslosen sowohl prozentual als auch absolut.

Die Nixon-Doktrin (die Teilung der Verantwortung unter den Imperialisten), die eine Folge der Schwächung der Imperialisten durch das Anwachsen der Befreiungskämpfe der unterjochten Völker ist, erklärt die Rolle des Schahs in diesem Teil der Welt.

Bei den OPEC-Verhandlungen machte die iranische Regierung den



Der gemeine persische Blutsauger (imperator persicus parasiticus)

Vorschlag der Ölgesellschaften zu ihrem eigenen und zog laufend gegen die radikalen Forderungen Algeriens und Lybiens zu Felde. Während die persische Propaganda den Schah als „Kämpfer gegen den Imperialismus“ feierte, billigte das Parlament seiner Majestät im Eilverfahren einen \$ 1 Mrd. Kredit zum Waffenkauf (die Zinszahlungen für diesen Kredit sind so hoch wie die Mehreinnahme aus dem Ölgeschäft). Deutlicher als der Schah selbst kann man nicht werden: „Wir werden jeden Cent, den wir mehr am Öl verdienen, in Amerika wieder ausgeben.“ (US-Fernseh-Interview vom 23. 10. 69)

Der Schah rechtfertigte die Waffeneinkäufe folgendermaßen: „Falls die Situation in diesem Raum sich zu unseren Ungunsten ändert, müssen wir dafür sorgen, daß unsere Stärke wächst.“ Persien soll für diesen für alle Imperialisten lebenswichtigen Raum (60 Prozent der Ölreserven der Welt) im Rahmen der Nixon-Doktrin die Ver-

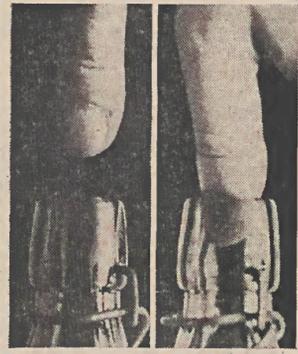
antwortung tragen. Für diese Aufgabe wird es von allen Imperialisten, auch der BRD und der UdSSR, mit Waffen beliefert. Die Bauern und Arbeiter, die eigentlichen Opfer dieser Ausplünderung und Unterjochung, und die nationale Bourgeoisie, deren Existenz durch die Expansion des ausländischen Kapitals bedroht ist, sind sich in dieser Phase des antiimperialistischen Kampfes einig.

Aus der Niederlage des Befreiungskampfes in den letzten zwanzig Jahren hat das Volk gelernt, daß diese reaktionäre Gewalt nur durch einen revolutionären Volks-

krieg zu besiegen ist. Die von der Befreiungsbewegung durchgeführten Aktionen haben alle durch die Unterstützung der Bevölkerung Erfolg gehabt. Das Regime zeigt erste Anzeichen von Nervosität, Minister wechseln, Offiziere werden ins Gefängnis geworfen, weil sie den Widerstand des Volkes nicht mehr ausreichend unterdrücken können.

Unter diesen Umständen versucht das Schah-Regime, die 2500-Jahr-Feier als Beweis für seine Erfolge beim Aufbau des Landes und bei der Festigung seiner Macht hinzustellen. Längst haben aber die Volksmassen des Iran alle diese Lügen durchschaut und der Mythos von der allmächtigen SAVAK ist dahin. Diese Feier, die das Volk des Iran 1 Milliarde \$ gekostet hat und dazu dienen sollte, die Macht des Feudalregimes über das Volk zu zeigen, hat tatsächlich die Widersprüche im Iran verschärft und den faschistischen Charakter des Regimes noch offener klaggestellt.

Achten Sie auf Reihe Hanser



Dylan Thomas, Abenteurer in Sachen Haut Band 71. Ca. 5,80 DM

Wolf Wondratschek, Paul oder die Zerstörung eines Hörbeispiels Hörspiele. Band 72. Ca. 7,80 DM

Richard Brautigan, Forellenfischen in Amerika Roman. Band 73. Ca. 7,80 DM

Brecht-Chronik Daten zu Leben und Werk. Zusammengefasst von Klaus Völker. Band 74. Ca. 7,80 DM

Helmut Ostermeyer, Strafrecht Von der Sinnlosigkeit unserer Strafrecht. Band 75. Ca. 7,80 DM

Christoph Caudwell, Bürgerliche Illusion und Wirklichkeit Beiträge zur materialistischen Ästhetik. Band 76. Ca. 12,80 DM

Uwe Brandner, Mutanten Milleu Bericht aus dem Land Asphalt & Alphabet. Band 77. Ca. 7,80 DM

Ulrike Prokop, Soziologie der Olympischen Spiele Sport und Kapitalismus. Band 78. Ca. 7,80 DM

H. Ahfeldt/Ch. Potyka/Ph. Sonntag/C. F. von Weizsäcker, Durch Kriegsverhütung zum Krieg? Die politischen Aussagen der Weizsäcker-Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“. Band 79. Ca. 5,80 DM

Wolf Lepenies, Soziologische Anthropologie Materialien. Band 80. Ca. 7,80 DM

Peter Klein, Francos zweite Inquisition Versuch einer öffentlichen Planung. Band 81. Ca. 7,80 DM

Pierre Hoffmann/Nikita Patellis, Demokratie als Nebenprodukt Versuch einer öffentlichen Planung. Band 82. Ca. 7,80 DM

Godard/Kritiker Ausgewählte Kritiken und Aufsätze über Film (1950-1970). Band 83. Ca. 7,80 DM

Alfred Schmidt, Geschichte und Struktur Fragen einer marxistischen Historik. Band 84. Ca. 5,80 DM

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 85, Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 0368
gegenüber Opel-Eingang I

Mit deutscher Hilfe

Seit die Invasion in der westafrikanischen Republik Guinea in der Nacht vom 21. zum 22. November 1970 scheiterte, erscheint Guineas Staatspräsident Sékou Touré in der bürgerlichen Presse, besonders in der BRD, als ein Psychopath, der sich immer neue Geschichten über eine angebliche Bedrohung seines Landes ausdenkt und dabei sogar auf den ausgefallenen Gedanken kommt, „abenteuerliche Beschuldigungen“ gegen die arme unschuldige BRD auszusprechen.

Die Republik Guinea — so groß wie die BRD, 4 Millionen Einwohner, reich an Bauxitvorkommen, die aber noch nicht voll ausgenutzt werden — war seit der Erlangung ihrer Unabhängigkeit am 2. 10. 58 ein Störenfried im Konzept der imperialistischen Mächte. Sie verweigerte die Teilnahme an der Communauté franco-africaine, mit deren Hilfe Frankreich seine ehemaligen Kolonien weiter beherrschen wollte, und schied 1960 aus der Franc-Zone aus. Hinzu kommt, daß sie die PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kap Verdischen Inseln) unterstützt, die im benachbarten Guinea-Bissau kurz vor dem Sieg über die portugiesischen Kolonialherren steht.

Es ist offensichtlich, daß Portugal ein Interesse an einem Umsturz in der Republik Guinea hatte. Portugiesische Schiffe, portugiesische Offiziere und von ihnen ausgebildete Soldaten der portugiesischen Armee und Söldner führten die Invasion aus. „Das Verfolgungsrecht, das nun die portugiesische Armee für sich beansprucht, ist die goldene Regel der amerikanischen Strategie in Indochina“ (P. Scholl-Latour in „Publik“). In der Tat. Und ebenso wie die US-Imperialisten durch die Bombardierung Hanois nicht den Kampf des vietnamesischen Volkes besiegen konnten, hätten auch die portugiesischen Kolonialherren den Kampf des Volkes von Guinea-Bissau nicht durch eine Einnahme Conakrys niederschlagen können.

Aber Portugal ist nur der Handlanger der großen imperialistischen Mächte, unter denen die BRD, besonders in Afrika, eine immer wichtigere Rolle spielt. Diese Rolle hat sie auch bei der Invasion der Republik Guinea gespielt. Oder sollten

- die Entdeckung einer Spionagenzentrale im Ausbildungszentrum des Bundesbürgers und ehemaligen SS-Angehörigen Seibold,
- die Gewährung eines Kredites der BRD von 150 Millionen Dollar an die portugiesische Regierung wenige Tage vor der Invasion,
- der Selbstmord des BRD-Botschafters in Lissabon, Schmidt-Horrix, wenige Tage nach der Invasion,

● die Existenz des Zentrums der FNLC („Front National de Libération de la Guinée“), die „nichts als sich selbst vertritt“ (Africaasia), in der BRD lauter Zufälle sein? Die Interessenlage der westdeutschen Imperialisten widerlegt eine solche Annahme. Die BRD macht sich in immer stärkerem Maße die Rohstoffquellen Afrikas zunutze und ist deshalb bestrebt, einen Sieg revolutionärer Bewegungen in Afrika zu verhindern. Deshalb

● ist sie im Rahmen der NATO einer der wichtigsten Lieferanten von Waffen, anderem Kriegsgüter und Geld für die Kolonialkriege Portugals in seinen Kolonien Angola, Mosambik und Guinea-Bissau,

● versucht sie, über die „Entwicklungshilfe“ Einfluß besonders in den afrikanischen Staaten zu gewinnen, die sich den Interessen des Kapitals nicht uneingeschränkt zu unterwerfen bereit sind wie Tansania, Sambia, Republik Guinea.

Die NATO hat neuerlich ihr starkes Interesse an der Kap-Route bekundet. Auf dem Wege nach Südafrika sind die Kap Verdischen Inseln und Angola wichtige Stützpunkte. „Die Freiheit und Unabhängigkeit der Länder Westeuropas wird nicht nur im eigentlichen Europa entschieden, sondern ebenso in Afrika. Das ist der Grund, warum wir Guinea verteidigen müssen. Sicher in unserem eigenen Interesse, aber ebenso im Interesse Westeuropas und selbst Amerikas“ (Marcelo Caetano, portugiesischer Ministerpräsident). Deshalb soll verhindert werden, daß

● die Republik Guinea ihren potentiellen wirtschaftlichen Reichtum weiterhin dem Zugriff der Imperialisten zu entziehen versucht,

● die PAIGC, unter deren Führung der Sieg des Volkes von Guinea-Bissau über die portugiesischen Kolonialherren unmittelbar bevorsteht, die NATO von den Kap Verdischen Inseln vertreibt.

Die Invasion in Guinea ist gescheitert. Es ist einmal mehr deutlich geworden, daß die Imperialisten ihre Kräfte zu Rückzugsgefechten sammeln. Sie werden den revolutionären Befreiungskampf nicht aufhalten. R. S.

SPITZELSÄUE

Mancher wird sich an die Nacht- und Nebelaktion vor drei Jahren erinnern, als der südkoreanische Geheimdienst 16 Südkoreaner aus der BRD verschleppte. Die Entführten wurden damals wegen angeblicher Kontakte zu Nordkorea zu Todes- bzw. hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Dies ist nicht verwunderlich: In Südkorea ist sogar jeder Briefkontakt mit dem Norden verboten; wer die Wiedervereinigung fordert, wandert in den Kerker.

Die Militärdiktatur des ehemaligen Generals Pak Chung Hee sorgt im Auftrag der US-Besatzungsmacht mit allen schäbigen Mitteln für Ruhe und Ordnung im Lande; jeder Versuch einer Opposition wird brutal unterdrückt, so etwa die Studentendemonstrationen vor den letzten Scheinwahlen im April.

Diese Wahlen waren dermaßen manipuliert, daß 1 Millionen Stimmen zuviel gezählt wurden! Das Resultat: 20 Prozent der „Parlamentarier“ sind Generale; Bauern und Arbeiter, also 90 Prozent der Bevölkerung, sind überhaupt nicht vertreten.

1/3 der Einwohner Südkoreas sind arbeitslos; das für die Entwicklung des Landes dringend benötigte Geld versinkt die ungeheure Rüstung, das Expeditionskorps für Südvietnam und vor allem der riesige Polizei- und Spitzelapparat.

Auch in der BRD (die, wen wundert's, zu Südkorea ebenso gute Beziehungen hat wie zu Südvietnam, Indonesien, Griechenland usw.) entfaltet der südkoreanische Geheimdienst wieder spürbare Aktivitäten, die von der Bonner Botschaft aus gesteuert werden; zudem mehren sich Anzeichen dafür, daß Karateschulen u. ä. dieser Gestapo als Stützpunkte dienen.

Durch massive Bespitzelung werden die etwa 10 000 Südkoreaner in der BRD (Krankenschwestern, Bergarbeiter, Studenten) derart terrorisiert, daß sie praktisch in völliger Isolation leben müssen und keinem ihrer Landsleute trauen können.

Ein Erlebnis besonderer Art hatten am Freitag, dem 24. 9., ca. 50 Mitglieder der SAG und des Deutsch-Koreanischen Solidaritätskomitees, als sie während einer Karatevorführung in der Ruhrland-Halle, bei der auch Vertreter der Botschaft anwesend waren, gegen die Tätigkeit der südkoreanischen Spitzelsäue in der BRD protestierten. Die Aktion, die lediglich informieren sollte und nicht als provokative Störung gedacht war, verlief turbulent.

Kaum waren die mitgebrachten deutschen und koreanischen Flugblätter verteilt worden, kaum war ein Transparent mit der Aufschrift „Nieder mit der Pak Chung Hee-Diktatur“ entrollt, als eine Gruppe koreanischer Geheimdienstschläger blitzartig die Genossen mit Stöcken und Karatehieben angriff, wobei ein Genosse brutal zusammengeschlagen wurde. Da man es einfach nicht für möglich gehalten hatte, daß dieses faschistische Pack die Dreistigkeit haben würde, vor ca. 1000 deutschen Zuschauern ihre üblichen Methoden offen anzuwenden, wurden die Genossen überrumpelt und mußten sich aus der Halle zurückziehen.

Die Aktion wurde dann aber insofern noch ein Erfolg, als nach Schluß der Veranstaltung ein schnell erstelltes neues Flugblatt an viele Besucher verteilt werden konnte und sich mehrere Gruppen bildeten, in denen die Vorfälle des Abends diskutiert wurden.

was ihr nicht wissen sollt

Am 22. 9. fand in Bonn ein ASIA-Vorsitzenden-Treffen statt, auf dem Aktionen des vds mit der CISNU (Konföderation iranischer Studenten) diskutiert werden sollten. In der Bundesrepublik hat sich unter der Schirmherrschaft von Heinemann ein „Ehrenkomitee der BRD zum 2500jährigen Jubiläum der iranischen Monarchie“ aufgetan, in dem neben Brandt, Scheel etc. jede Menge Industrielle sitzen. Vor diesem Hintergrund (die Feiern in Persien finden vom 13. bis 18. 10. statt) wurde in Bonn diskutiert.

Der große Streit im vds, hier wie sonst bestimmt durch die Spannungen zwischen Revisionisten und Antirevisionisten, entspannt sich an dem Punkte, wo festgelegt werden sollte, in welchem Rahmen sich der vds zu den Geschehnissen in Persien äußern sollte. Während wir Antirevisionisten darauf bestanden, der vds müsse sich im Rahmen einer politökonomischen Analyse der Feier auch zum Besuch der Staatsoberhäupter in Persopolis äußern (wo dummerweise nämlich auch der Genosse Podgorny teilnimmt) wurde das vom spartakusorientierten Flügel abgelehnt; angesichts der Vermittlungsschwierigkeiten des Podgorny-Besuches verständlich.

Die Argumentation des spartakistischen Flügels, daß die Besuche der Staatsoberhäupter nicht Gegenstand einer Einschätzung sein sollten, reichten von „der Sinnlosigkeit einer positivistischen Aufzählung der teilzunehmenden Staatsoberhäupter“ über Andeutungen einer „konsequenten Politik der friedlichen Koexistenz“ bis zur unverhohlenen, weiter nicht begründeten Drohung, daß dann eben keine Aktionseinheit zustande kommen könne.

Das Bemerkenswerte an dem Bestreben, den Besuch Podgornys zu verschweigen, anstatt ihn zu begründen, liegt darin, daß bestimmte Fakten einfach unterschlagen werden, sobald es schwierig wird, sie zu vermitteln, oder wenn sie

letztlich gar nicht vermittelbar sind; es könnte das here Bild von der UdSSR erschüttert werden. Schließlich konnte man sich doch auf einen Kompromiß einigen, nämlich daß der antirevisionistische ASIA Gießen ein vds-press zu diesem Thema — mit Einschätzung des Staatsoberhäupterbesuches — erstellt, das dann vor Drucklegung mit dem vds-Vorstand besprochen werden sollte.

Und eben bei dieser Endreaktion schmiß der vds-Vorstand qua bürokratischen Aktes den Artikel hinaus. Ebenso ist eine Aktionseinheit mit der CISNU abgeblockt worden.

Nach Aussagen der Revisionisten will die CISNU einen zweiten „2. Juni Berlin“ heraufbeschwören, indem sie die Feierlichkeiten in der Botschaft in Köln nicht ungestört ablaufen lassen will. Solche unverschämten Bemerkungen können nur ein Schlag ins Gesicht der Studentenbewegung sein, wenn die antiimperialistischen Arbeiter und Studenten des 2. Juni als die eigentlichen Provokateure des Destasters bezeichnet werden.

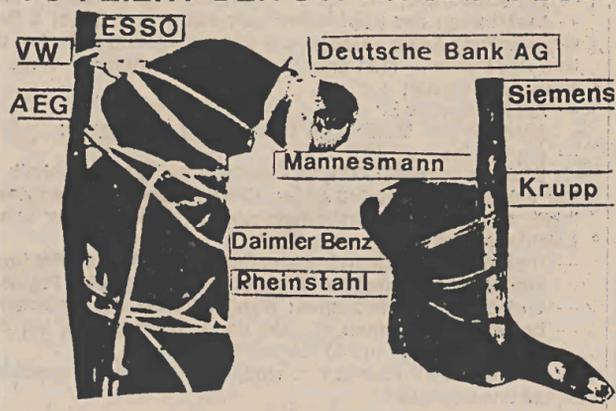
Auf der letzten Zentralratssitzung des vds, wo das Vorgehen des Vorstandes (die Stimmenverteilung war 3:1) von den Asten Göttingen, Tübingen, Gießen, Freiburg, Frankfurt und Bochum und ebenfalls seitens der CISNU auf schärfste kritisiert wurde, besaß der Vorstand die Frechheit, durch einen

nen Tatsachen vorenthalten wollen, muß bekämpft werden, indem politische und ideologische Auseinandersetzungen im vds ausgetragen werden (ebenso die Auseinandersetzung mit dem Spartakus hier an der Hochschule).

Die oben genannten Asten (Bochum, Gießen, Frankfurt, Göttingen, Tübingen, Freiburg, Saarbrücken) werden das Papier des ASIA Gießen selbst drucken und verteilen und zusammen mit der CISNU sich aktiv gegen die Feiern wenden, gegen ihre Verherrlichung auch in der BRD.

Kommt zu den angekündigten Persienveranstaltungen: die Frechheit, mit Berufung auf eine 2500-jährige Geschichte der Monarchie in Persien mit einer Feier aus tausendundeiner Nacht die Gewalt Herrschaft des Schahs auf Kosten des persischen Volkes zu verherrlichen und dies auch noch parallel in der BRD zu feiern, kann nicht so von uns hingenommen werden!

SO FEIERT DER SCHAH SEIN FEST!



Die Kindertagesstätte an der Ruhr-Universität Bochum sucht
Diplompsychologen (-in)
in Halbtagsstätigkeit.
Erwartet wird Erfahrung in der Entwicklungspsychologie. Geboten werden leistungsgerechte Bezahlung, eventuelle Unterbringung der Kinder.
Bewerbungen sind zu richten an:
Akademisches Förderungswerk an der Ruhr-Universität
4630 Bochum-Querenburg, Lennershofstraße 64
Ruf: 71 26 95 / 96

Neuer Assistenten-Vorstand

Seit dem 1. Oktober amtiert ein neuer Assistentenvorstand. Eine Nachwahl war notwendig, weil mehrere Vorstandsmitglieder ihr Amt niedergelegt hatten.

Die Zusammenarbeit zwischen Studenten und Assistenten hat im Sommersemester etliches zu wünschen übrig gelassen. Der Grund dafür ist wohl nicht zuletzt darin zu suchen, daß nach der ersten Aktionsrats-Euphorie während der UP-losen Zeit die Assistenten sich im Sommersemester mit voller Kraft der Arbeit im Universitätsparlament widmeten.

Es bleibt zu hoffen, daß die Assistenten ihre theoretische Erkenntnis, daß die Studenten ihre natürlichen Bündnispartner sind, endlich praktisch umsetzen!

Kaufen Sie

- Tabak - Zeitungen
Spirituos
Lebensmittel
Brot + Backwaren

Trinkhalle Kothhoff (Mensaparkplatz)

Neu:

Busfahrkarten aller Art

Profs betrogen Profs

Diejenigen, die geglaubt hatten, daß nach den vergangenen Skandalen um die Berufungspolitik in der Abt. VIII (Sozialwissenschaft) jetzt endlich die Zukunft studentischer und assistentischer „Mitbestimmung“ angebrochen sei, sollten sich jetzt endgültig desillusionieren lassen!

Die professorale Fraktion um Papalekas hat den Weggang eines doch recht „stimmreuen Kollegen“ zu beklagen: Friedrich Landwehrmann, Lipp, ebenfalls Papalekas-Schüler, geht nach Aachen, um sich dort einem weiteren „Re“-Habilitationungsverfahren zu unterziehen.

Somit scheinen sich zum erstmaligen seit Jahren im Kreise der Habilitierten („engere Fakultät“) andere Abstimmungsverhältnisse „einzuschleichen“.

Von daher gilt es für Papalekas mit anderen Mechanismen, als jenen „formal-demokratischen Gremienentscheidungen“ seine reaktionäre antistudentische Machtpolitik zu verwirklichen; und das er dies ungestört macht; selbst hinter dem Rücken seiner „liberalen“ Kollegen — beweist folgender Vorgang:

● Ein zweiter Versuch, Pankoke ohne Berufung auf eine schon vor-

- handene H-3-Stelle zu „hieven“, gedieh bis zum Senat, scheiterte jedoch an den drei Berufungskriterien des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung:
a) Öffentliche Ausschreibung
b) Bildung einer Berufungskommission
c) Vermeidung von Hausberufungen

● Diesmal versuchte man zumindest ein Kriterium formal einzuhalten. Die sogenannte „erweiterte Fakultät“ beschloß auf ihrer letzten Sitzung die öffentliche Ausschreibung einer H-3-Stelle.

Dabei ereignete sich ein freilich peinlicher Zwischenfall: E. Pankoke stand plötzlich von seinem Sitz auf und wollte den Raum mit der tief sinnigen Begründung verlassen, „diese H-3-Stelle sei ja schließlich nun für ihn da; es möge von daher gleich über seine Person verhandelt werden; er wolle formaler Weise den Raum verlassen.“

Die Ausschreibungskriterien wurden auch prompt auf Pankoke zugeschnitten: Verwaltungssoziologie und Geschichte der Soziologie. Öffentlich ausgeschrieben wurde lediglich in der Zeitung „Die Zeit“ vom 2. - 313. Beworben hatte sich

selbstverständlich nur Pankoke. Gutachten hatte er selbst bereits vor der Ausschreibung der Stelle eingeholt, und zwar von: Papalekas, Mackensen, Landwehrmann und Kesting.

Nur so — also lediglich ohne Auftrag der Fakultät — lediglich mit einem „Imperativen-Papalekas-Mandat“ versehen, wanderte Dekan Herder-Dorneich am 30. 9.71 in den Senat.

Nachdem die Assistentenschaft und die Studentenschaft im Senat interveniert hatte, ging der Antrag selbst im Gelächter der Senatoren unter.

Für die Studenten, Assistenten und den Teil der Professoren, die diese Art von Machtpolitik nicht unterstützen wollen, sollte jetzt einmal klar und deutlich formuliert werden: Mit der Gruppe der Dozenten um Papalekas, Herder-Dorneich usw. ist in keiner Weise eine Zusammenarbeit möglich; diese Sorte von „Demokraten“ macht ihre „Politik“ hinter dem Rücken der Öffentlichkeit, in „Widerstandsbünden“ wie der „Bund Freiheit der Wissenschaft“, die Dozentenschaft der RUB etc. R. T.

Ihre Kommilitonen können es bestätigen...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

Service Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

studentische AGs

Im Anschluß an die Kritik der Vorlesung „Einführung in das Öffentliche Recht“ hat sich an der Abteilung VI auf Initiative des Fachschaftsrats Jura die Staatsrechts-AG gebildet. Die Gruppe berichtet an dieser Stelle über ihre Erfahrungen beim Aufbau und bei der politischen Arbeit der Staatsrechts-AG:

„Einige Genossen waren ständig in diese Vorlesung („Einführung in das Öffentliche Recht“) gegangen und hatten in Zusammenarbeit mit Erstsemester-Jura-Studenten Diskussionsbeiträge, statements u. A. ausgearbeitet. Aus diesem Anlaß konstituierte sich bereits eine AG aus der Einsicht, die Kritik an dieser durchweg formaljuristisch gehaltenen Vorlesung vertiefen und die methodische Alternative zur Vorlesung überhaupt aufzeigen zu müssen. Nur konsequent, daß der weitere Schritt die institutionelle Absicherung einer solchen AG heißen mußte

Zunächst wurde das Votum der Vollversammlung für ein solches Unterfangen eingeholt. Mit diesem Votum und einer detaillierten Gliederung des Inhalts der AG gingen die Vertreter des Fachschaftsrates in die Fakultätssitzung. Nun ist die Fakultät freilich ein beispielhaftes Gremium für die Praxis bürgerlicher Demokratie — Zusammensetzung: 20 Profs, 2 Assistenten und 2 Studenten.

Bei der Forderung um eine AG mit dem Anspruch der Vermittlung sozialistischer Inhalte sahen dann natürlich auch die liberalen Profs rot und den Wissenschaftspluralismus, der sich auch ihren Vorstellungen nur innerhalb der Unklarheit der bürgerlichen Wissenschaftsbewegung dar, aufs Tiefste gefährdet. Symptomatisch der „liberale“ Prof. v. Münch: „Ja aber, wenn es eine „linke“ AG geben soll, dann muß doch auch der andere (f. d. G. o = freiheitlich demokratische Grundordnung) Standpunkt in einer AG vertreten werden.“

Also bekamen wir eine halbe Hiwi-Stelle, für die andere AG gingen die Exponenten der bürgerlichen Ideologieverbreitung unter ihren Knechten auf die Suche und hatten schnell die passenden Leute gefunden. Jedenfalls hielten wir im Sommersemester unsere AG unter kollektiver Leitung ab.

Die Auseinandersetzung trat in ihre zweite Etappe, als wir für das W. S. 71/72 zwei AG begleitend zur Vorlesung forderten. Wieder ertönten die Klagelieder vom Wissenschaftspluralismus, aber zunächst schien es so, als wenn der Dekan, Professor Rudolf, unsere Forderungen unterstützen würde. Man beschloß in der Fak-Sitzung Anfang Juli, daß man die Hiwi-Stellen bis zum 30. Juli ausschreiben würde, und die Bewerbungen der Fachschaftsvertreter sollten als bereits eingegangen gelten.

Na ja, und dann kamen die Semesterferien, von deren Nachteilen für die politische Arbeit auch die RotZeR nicht ganz unbetroffen war. In Abwesenheit der Studenten wurde der Beschluß der Fakultät einfach umgestoßen. Auf eindringliche Intervention der Profs v. Münch, Martens und Erichsen wurde die Bewerbungsfrist bis zum 15. Sept. verlängert — das ging natürlich einfach so...

Dann wurden die Bewerber (inzwischen ca. 20) aufgefordert, ihre Scheine — diese „Schein“-Qualifikation — einzureichen, danach würde man die Auswahl schon treffen. Also nichts von der Berücksichtigung der Tatsache, daß sich die Vertreter des Fachschaftsrates bereits in die Materie eingearbeitet hatten, ihr Programm detailliert vorgelegt und einen Erfahrungsbericht der AG im SS erstellt hatten. Einfach dreist und unverschäm, dieses Verfahren! Bei Berufungen beurteilt man schließlich auch nicht nach dem „Großen Öffentlichen“ — wie dieses Qualifikationspapier in der jurastudentischen Fachsprache heißt.

Auch war eine nachträgliche Intervention beim Dekan nicht mehr möglich: Er war auf Reisen, zu welchem Zweck auch immer. Das vorliegende Ergebnis: Als Folge der Initiative des FR sind nun vier AG-Leiter benannt, darunter nur ein einziger von dem FR vorgeschlagener. Dieses Ergebnis ist als Rückschlag unserer Politik zu bezeichnen, bedeutet es doch zumindest eine vorläufige Stagnation im Kampf um das soz. Studium an der Abteilung VI. Einziger Lichtblick: Die stud. AG-Leiter werden erstmalig Anfänger-Sitzscheine ausgeben dürfen. Das bedeutet aber insgesamt für uns nur, daß wir den Kampf verstärkt mit mehr Druck von der Basis her weiterführen müssen, nur Gremienarbeit und Vermittlung des in dem Gremium Erreichten an die Studenten muß scheitern.

Diese Konsequenz wird um so notwendiger, als der jetzige Dekan — immerhin noch ein Liberaler — sich sehr konkret mit dem Gedanken trägt, nach Mainz abzuwandern und dann droht uns ein Dekan aus dem in unserer Abteilung so reichhaltigen Bestand an Rechtskonservativen und Reaktionären. Aber wir werden auch diese Herausforderung annehmen und richten schon jetzt den Apell an die Studenten insbesondere der Abteilung VI, den Kampf des FR aktiv und wirksam zu unterstützen.

Industrieboß als Prof

Welche Funktion die Industrie dem Studium der Sozialwissenschaft beimißt, wird durch die geplante Ernennung des Herrn von Beckerrath, im Hauptberuf Personalchef des Chemiekonzerns Bayer, in der Abt. SoWi deutlich. von Beckerrath, bisher Lehrbeauftragter für Betriebssoziologie und Personalwesen, wird nun unversehens Honorarprofessor. Das Interesse der Abt. Wirtschaftswissenschaft, die in ihren Räumen die Deutsche Gesellschaft für Unternehmensforschung beherbergt, gibt dem Fall den nötigen Pfeffer.

Die Illusion, Sozialwissenschaft in der BRD sei kritische Wissenschaft, entlarvt sich als Geschwätz, wenn im genannten Fall die Kooperationspartner des Herrn von Beckerrath nennt: Griechenlandsfreund Papalekas und Auftragsforscher Landwehrmann. Letzterer arbeitet Analysen für den Ruhrbildungsverbund und andere einträgliche Projekte aus. Daß dies auch in den Räumen der RUB mit billigen-studentischen Arbeitskräften geschieht, wundert nicht.

Von Beckerrath fügt sich harmonisch ein in alle übrigen Formierungsbestrebungen an der Abt. SoWi. Die Propagierung des Studienganges „Wirtschaft und Verbände“ durch Prof. Herder-Dorneich („Verbände-Philipp“), Mitinhaber des katholischen Verlags Herder, zer-

störte die letzten Illusionen darüber, in wessen Interesse und welche „kritische“ Wissenschaft all diese Herren lehren.

Wissenschaft wird „wertfrei“ zur Legitimierung der Interessen einer kleinen radikalen Minderheit von Kapitaleignern funktionierbarer gemacht. Der Verwertungsprozess der Wissenschaft im Dienste des Kapitals kann kaum offensichtlicher zum Ausdruck kommen. Wissenschaft als sogenannter herrschaftsfreier Dialog und Versuch einer Wahrheitsfindung wird zur Farce. Die Verwandlung der Sozialwissenschaft von einer kritischen, im Sinne von Marx die Gesellschaft verändernden Kraft, in eine das System stabilisierende Sozialtechnik, ist einsichtig. Herr von Beckerrath ist nur ein Beispiel.

Uni-Partnerspiel

Bald werden auch in Bochum endlich TWEN-Verhältnisse herrschen: Die Fachschaft Physik bereitet in Zusammenarbeit mit dem Studienbüro und dem Rechenzentrum ein (kostenloses) Partnerspiel für alle Frustrierten bzw. neugierigen Studentinnen und Studenten an der RUB vor.

Wer mitspielen will, muß seine

Neigungen, Interessen, Fähigkeiten, Wünsche, Träume... auf einem Polaritätsprofil (Wahlmöglichkeiten bei den vorgeschriebenen Fragen zwischen 1 und 9) ankreuzen. Diese Daten werden in den Uni-Computer gesteckt, der für alle Mitspieler die jeweils 10 geeignetsten Partner herausucht.

Obwohl man starke Bedenken

wegen Art der Fragen und Computerprogrammierung äußern könnte: Tausende von Studentinnen und Studenten, die mit 10 Adressen durch die Uni rasen um den Traum fürs Leben bzw. Bett zu suchen, wären schon ein hervorragender Spaß.

Näheres demnächst in der BSZ!!!

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international.

„links“ ist illusionslos, undogmatisch — eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.20 Bezugspreis, jährlich, DM 15.—. Probenummern bei Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummer anfordern bei Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591



Psychoterror

Zum Semesterende ließen vier Professoren der Abt. SoWi eine Bombe platzen: Sie kündigten jegliche Zusammenarbeit mit dem Fachschaftsrat auf — namens der „engeren Fakultät“, einer rechtlich nicht existierenden Kugelgruppe um den „schwarzen Dekan“ der Abteilung, Johannes Chr. Papalekas.

Am 7. 7. wurde im Namen dieser ominösen Gruppe eine Presseerklärung veröffentlicht, in der der FR, der aus Mitgliedern der Roten Zelle des KSB/ML, der SAG und des SHB zusammengesetzt ist, aufs wüteste beschimpft wurden.

Es war die Rede von „Psychoterror“, „öffentlich und anonym geäußerte Drohungen, Einbruch- und Einschüchterungsversuchen“, „telefonischen Morddrohungen“, „Androhung von Gewalt“. Außerdem wurden dem FR u. a. unterstellt, Türen und Schränke aufgebrochen und Angestellte bedroht zu haben. Unterzeichner dieser Erklärung waren: Herder-Dorneich (Dekan), Papalekas (schwarzer Dekan), Weber-Schäfer und Willms.

Der FR wies unverzüglich die in der Professoren-Erklärung enthaltenen Unterstellungen zurück und charakterisierte sie als einen weiteren Versuch, im Zuge der herrschenden Verbotshetze gegen sozialistische Gruppen diese zu kriminellen abzustempeln.

Die bürgerliche Presse in Bochum nahm sich der haltlosen Beschuldigungen mit Freuden an, wobei sich die Tendenz der Berichterstattung in den Schlagzeilen trefflich widerspiegelte: „Wir stehen unter Psychoterror“ (WAZ), „Professoren wehren sich gegen Terror“ (Ruhr-Nachrichten), „Mordversuch an Prof. Papalekas?“ (Westfälische Rundschau).

Die Ereignisse überschlugen sich. Anlässlich einer Besetzung des Fakultätsraums, bei der die Unterzeichner der Presseerklärung zu dieser Stellung beziehen sollten, was sie nicht taten, stellte der FR fest, daß die Professoren offensichtlich nicht in der Lage seien, irgendwelche Beweise für ihre absurden Behauptungen zu erbringen: „Ziel einer solchen konzentrierten Hez-kampagne ist es, die öffentliche Meinung auf ein baldiges Verbot fortschrittlicher Studentengruppen und sogenannter „maoistischer“ Betriebsgruppen in der BRD vorzubereiten.“

Am 15. 7. erhoben die Mitglieder des FR SoWi eine Verleumdungsklage gegen die vier Unterzeichner der Presseerklärung. Die öffentliche Verhandlung über diese Klage

findet am 12. Oktober statt; interessierte Studenten werden dort sicherlich staatsbürgerlichen Anschauungsunterricht erhalten. Die Beklagten ließen sich für diesen Termin ausnahmslos entschuldigen — wegen unaufschiebarer anderweitiger Verpflichtungen (Weber-Schäfer beispielsweise forscht in Griechenland).

Die politische Polizei blieb unterdessen nicht untätig, besonders das Informationsorgan „SoWi-Info“, das der FR und die Rote Zelle herausgeben, hat es ihr angetan. Der Gipfel der Kollaboration von Universitätsverwaltung und politischer Polizei, schon lange personifiziert durch „Uni-Verwalter“ Steuermann, der eifrig Zuträger und Handlanger für das 14. K. spielt, ist die Tatsache, daß die Adressen der studentischen Vertreter der Abt. SoWi den Popos von der Universität mitgeteilt wurden.

Kommilitonen, macht euch ein paar schöne Stunden, geht mal wieder zum Gericht. Prozeß gegen Herder-Dorneich, Papalekas, Weber-Schäfer und Willms am 12. Oktober um 10 Uhr im Landgericht Bochum.

Über 15 000

Studentinnen und Studenten werden sich zu Beginn des WS auf der immer noch-Baustelle Ruhr-Universität zurechtfinden müssen. Diese Zahl war noch vor drei Jahren die Planer-Zahl für den Endausbau der Universität. Trotz des erst vor einem halben Jahr erfolgten Umzugs der Geisteswissenschaftler in die „großzügigen“ G-Gebäude gibt es auch dort jetzt schon wieder überfüllte Bibliotheken, keine Plätze mehr in Seminaren und Kursen... von den Parkplätzen einmal ganz zu schweigen.

Die Folgen dieser Studentelawine wird mit ziemlicher Sicherheit eine Numerus-Clausus-Lawine sein, die die aufgebrochenen Geschwüre der Bildungsplanungsfehler zudecken soll.

Bis gestern abend meldeten sich

„Reformkatastrophe“

Es hat sich wohl inzwischen an der RUB rumgesprochen, daß Herr Faillard (Rektor) in den letzten Tagen seiner Amtszeit Tilman Westphalen, den ehemaligen Vorsitzenden der Bundesassistentenkonferenz als wissenschaftlichen Assistenten feuert hat und ihm nur noch ein halbes Jahr ein Gnadenbrot als Angestellter gewähren will.

Westphalen muß man natürlich voll darin unterstützen, daß er sich weigert, sich nach einer mehr als anachronistischen Habilitationsordnung zu habilitieren. Und daß er jetzt für zeitlichen Aufwand als auch inhaltliche Tätigkeit seiner hochschulpolitischen Arbeit bestraft werden soll, kann auch Faillard nicht verhehlen. Die Assistentenschaft befürchtet nun eine Säuberungswelle bei den unbequemen Assistenten. Die „Reform“-Bemühungen um z. B. Habilitationsordnungen haben einen starken Rückschlag erlitten.

Aus etwas anderer Sicht sieht diese Entlassung allerdings noch viel schlimmer aus: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bedauert, daß die Aktion gegen einen Praktiker demokratischer und toleranter hochschulpolitischer Auseinandersetzung Wasser ist auf die Mühlen der Extremisten, die nicht die Hochschulreform, sondern die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft wollen. Der GEW ist wohl voll darin zuzustimmen, daß die Reformpolitik à la Tilman Westphalen gescheitert ist.

Die gutwilligen Reformer müssen sehen, daß sie mit ihrem illusionären Reformismusglauben an eine „demokratische Hochschule“ gescheitert sind. Die Macht der Großindustrie und der Ministerialbürokratie als deren Handlanger lassen eben nicht zu, daß irgend-

eine gesellschaftliche Institution gegen ihre Interessen verändert wird.

Und was können die Assistenten lernen? Über den Fall Westphalen wird das Gericht in Gelsenkirchen entscheiden. Doch sie müssen den Lernprozess durchmachen, daß sie in vollem Vertrauen auf die langsame Verbesserungen nicht weiter kommen. Nur in einem engen Bündnis mit der Studentenschaft — nicht in ständischem Interesse, sondern in dem der Bevölkerung — können sie für eine gesellschaftliche Veränderung kämpfen.

Die Reformfäden im Marionettentheater des Kapitals reißen leicht; der Reformkasper Westphalen ist runtergefallen. Nur der Zusammenschluß an der Basis kann solche „Pannen“ verhindern.



von den 12 080 Studierenden des SS schon 7 322 zurück, 665 exmatrikulierten sich. Und 2 336 Studien-

anfänger und Uniwechsler schrieben sich neu ein. Macht bislang schon bei Halbzeit 8 993.

BAFöG: Was tun?

Die vielen Papiere, Formblätter, Merkblätter etc., die z. Z. jedem bisherigen Honnef-Empfänger ins Haus flattern, erwecken den Eindruck, als sei es mit ungeheuren Komplikationen und einem enormen Papierkrieg verbunden, an das nach BAFöG gezahlte Geld zu kommen. Im Grunde ist die Geschichte aber ganz einfach. Zur Verdeutlichung hier noch einmal die einzelnen Schritte, die zu unternehmen sind.

- Voraussetzung für die Gruppe von Antragstellern:
1. Ein am 30. 9. gültiger Honnef-Bescheid von 1971, in dem Förderung bis einschließlich Dezember 1971 gewährt wird.
 2. Ausfüllen ist das Formblatt U2, das allen bisherigen Honnef-Empfängern zugestellt wurde. Er ist innerhalb von 3 Wochen nach Erhalt einzureichen.
 3. Ist das Formblatt U2 fristgerecht eingereicht worden, erhalten die Betroffenen bis zum 31. 3. 1972 eine Förderung in der gleichen Höhe wie bisher nach dem Honnef-Modell.
 4. Für eine Förderung ab 1. 4. 1972 sind die ebenfalls schon zugestellten Formblätter 1-5 ausgefüllt einzureichen (endgültiger BAFöG-Antrag).
 5. In einem früheren Schreiben des Akafö wurde von jedem Honnef-Empfänger ein Konto erfragt, auf das der Förderungsbetrag nach BAFöG in Zukunft eingezahlt wird.
- Studienanfänger**
Diejenigen, die jetzt zum WS 71/72 ihr Studium aufnehmen, müssen, wenn sie Ausbildungsförderung erhalten wollen, zum Akademischen Förderungswerk, Baracke 4, gehen (Sprechstunden: Mo. u. Do. von 8.00 - 13.00 Uhr). Dort erhalten sie einen BAFöG-Antrag, der aus 5 Formblättern besteht. Dieser Antrag ist ausgefüllt und vollständig beim Akafö einzureichen (Anträge sind auch im AstA, Baracke 1, Zimmer 17, erhältlich).
- Für alle Antragsteller gilt, daß Einkommens- und Vermögenserklärungen auf der Grundlage des Jahres 1969 abzugeben sind. Sollten noch irgendwelche Unklarheiten oder Fragen bestehen, so steht das Sozialreferat (Baracke 1, Zimmer 14) für Auskünfte zur Verfügung.

Studienkreis Film

Mittwoch, 13. 10.
Carlo Lizzani
MÖGEN SIE IN FRIEDEN RUHN
Italo-Western BRD/Italien 1966

Mittwoch, 20. 10.
(statt 20.30 Uhr noch 20 Uhr!!!)
A. Laven
ALS JIM DOLAN KAM
Erster Film der Serie „Der moderne Western“ USA 1967

Donnerstag, 21. 10.
David Larcher
MARE'S TAIL
Underground GB 1969
Internationales Forum
des Jungen Films Berlin 1971

Vom Besuche dieses dreieinhalbstündigen Monstrums können wir Ihnen nur dringend abraten. Sie werden fluchend den Saal verlassen nach zehn Minuten. Sie wollen etwas SEHEN (eine Vielfalt kontrastreicher, praller, konturierter Bilder, die sich in logischer Folge gegenseitig abwechselnd und mit Musik und Inhalten und Dialogen ausgestattet sind). Sie wollen nicht nur ETWAS, sondern VIEL sehen, wollen Spannung durch Aktion fühlen: Bleiben Sie zu Hause.

Hier gibt es nichts zu sehen: Der Film ist von einer stofflichen Armut ohnegleichen. Die Realität der Gegenstände ist bis zur letzten Schattenhafteit verdünnt, die Farben zum Hauch ihrer selbst ausgewaschen. Jeweils um 18 und 20.30 Uhr in HZO 20 (Hörsaalzentrum Ost, Saal 20, Signaturfarbe des Hörsaals: Blau, Eingang unten links.)

Notwendiger Nachruf

Der Perfektionismus des Apparats, der Menschen, auch wenn sie Persönlichkeiten waren, austauschbar und ersetzbar erhält, verhindert, daß Sie, unser Publikum, bemerken können, ob jemand fehlt.

Herr Erich Kamp, Hausmeister des Gebäudes NA starb nach kurzer Krankheit am 22. August 1971 im Alter von 38 Jahren.

Der Studienkreis Film betrauert den Tod eines seiner besten Vorführer, des Mannes, der seit Bestehen des Filmclubs immer bereit war, uns Hilfe zu leisten, zu raten, und der uns und unseren Zielen, auch uns privat, oft seine Freizeit zur Verfügung stellte. Natürlich ist sein Platz im Gebäude schon neu besetzt, auch unsere Technik wird und muß weiter funktionieren. Gerade deshalb glauben wir sagen zu sollen, wie sehr uns der Tod dieses Mannes betroffen hat, daß er uns fehlt als Berater und Freund.

Für Studienkreis Film
K. Mo

Die Winter-/Frühjahrsprospekte 1971/1972 sind da!

Skireisen für jeden Geschmack, Kurzreisen in beliebte Weltstädte, preiswerte Fernreisen und verbilligte Flüge und Bahnfahrten.

Prospekte, Beratung und Buchung bei:
Studenten-Reisedienst Bochum
463 Bochum, Lennershofstraße 55
(hinter der Mensa, Baracke 9) Tel. 71 39 80

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich

Hagemann
BRILLEN
SÜDRING 20

BAFöG - geschädigt

... und sollen sich unter BAFöG nicht schlechter stehen als unter Honnef... Das ist ein scheinheiliger frommer Wunsch oder Zynismus der Bundesbürokratie. Die Fakten sehen anders aus.

Ich, ehemals Honnef-Empfänger, interessierte mich früher für meine Zukunft als BAFöG-Geschädigter. Aufgrund der behördlich zugelassenen Tatbestände hätte mein Vater mir einen „Finanzierungsbeitrag“ von ca. 200 DM pro Monat zahlen müssen, den er aber wegen weiterer, allerdings behördlich nicht approbierter Sachverhalte nicht zahlen kann. So wurde ich zum sozialen Härtefall unter Honnef und — kam in den Genuß des Existenzminimums: 400 DM Honnef (BSZ-Redakteure kriegen immerhin 133,33 DM im Monat).

Nach groben Schätzungen des Akafö ging es etwa einem Zehntel aller Honnef-Empfänger ähnlich. Auch sie bleiben in Zukunft „soziale Härtefälle“; nur sehen die Reaktionen der Bundes- und Landesväter jetzt anders aus: Die Differenz zwischen dem BAFöG-Höchstsatz von 420 DM und dem nach Maßgabe des BAFöG ermittelten Förderungssatzes wird vom Land als Stipendium vergeben. Es besteht jedoch leider kein Grund zur Freude, denn das Land behält sich vor, dieses Stipendium von den Unterhaltspflichtigen einzuklagen. Es

ist also anzunehmen, daß auch die Reaktion der Väter in Zukunft anders aussehen wird.

Will man jedoch aus irgendwelchen Gründen (z. B. weil man die finanzielle und soziale Lage des Elternhauses kennt — im Gegensatz zu den Behörden, die über den Dingen stehen, weil sie nicht in ihnen sind), nicht, daß gegen die prozessiert wird, die schon immer Mühe hatten, ihrem Sprößling ein Studium zu ermöglichen, so bleibt nur der Weg über ein Darlehen.

Der Erwerb einer Studienmöglichkeit bringt also den eines finanziellen Klotzes am Bein mit sich. Die Studienmöglichkeit unterliegt also, sofern sie auf diesem Wege erreicht wird, einer erheblichen Restriktion und Repression, denn es bleibt nur noch der Weg in einen einträglichen Beruf, der notwendig ist, um diese Wohltat wieder gut zu machen (Restriktion). Andererseits sind solche Berufe selten. Erreicht werden können sie nur durch exzessive Qualifikation, d. h. Leistungsterror und bedingungsloser Anpassung. Von der Freiheit der Berufswahl kann also nur noch als Witz die Rede sein.

Zurück ins Elternhaus?

Glaubt man aber, man könne sich einen „akademischen Freiraum“ verschaffen, indem man sich einen Job sucht, sein Studium selbst teilfinanziert, so ist auch hier dafür gesorgt, daß der unterprivilegierte Student voll aufs Gesicht schlägt: der behördlich zugelassene Nebenverdienst beträgt 125 DM pro Monat, sofern BAFöG nicht voll gezahlt wird. Egal wieviel oder wie wenig Förderung der Arme erhält. Aber: Arbeit, die nicht besteuert und damit nicht ataktenkundig wird und obendrein ein Studium nebenher ermöglicht, ist schon seit langem nicht in ausreichender Zahl zu finden. In der Zukunft wird es noch viel schlimmer aussehen. Bleibt also nur noch der Weg zurück ins Elternhaus.

Repressionen werden so flankiert durch diese Mittelstandsdeologie, die ohnehin erzwungene Integration in die bestehende Gesellschaft wird, wie die Praxis zeigt, oft zur Aufstiegsmanie gekoppelt mit einer Fehleinschätzung der realen Möglichkeiten. Die Folge ist c) emanzipatorische Interessen und Möglichkeiten werden abgewürgt; der soziale Zusammenhang ist erfahrungsgemäß nicht zu unterschätzen, er determiniert, besonders in dem geschilderten Beispiel, nahezu nahtlos und vollkommen die Lebenspraxis der Opfer.

In diesem Falle würde der Förderungshöchstsatz 340 DM betragen, wenn die Eltern am Studienort wohnen, bzw. 370 wenn sie außerhalb des Studienortes ansässig sind. Aber auch dann werden nur 370 DM gezahlt, wenn die Fahrkosten 30 DM oder mehr betragen, also: faktisch 340 DM. Dies ist aber schon der „günstigste“ aller Fälle, nämlich der, daß die finanzielle Lage der Eltern so beschissen ist, daß BAFöG voll gezahlt wird.

Soweit die subjektive Zukunftsperspektive der Betroffenen; sie ist gewiß nicht vollständig. Die subjektiven Möglichkeiten einer Veränderung der herrschenden Zustände ist auf der ganzen Linie mehr als dürrig. Geht man davon aus, daß ca. 40 Prozent der RUB-Studenten durch Honnef gefördert werden, daß von diesen 4800 Studenten aber nur etwa 480 vom BAFöG in Sachen „Ermessensentscheid“ betroffen werden, also ganze 4 Prozent und geht man ferner davon aus, daß von diesen Leuten kaum einer gelernt hat, solidarisch zu handeln, so ist die politische Perspektive von diesem Gesichtspunkt her auch beschissen.

BAFöG bedeutet also ein Zunehmen des prozentualen Anteils an Fahrstudierenden, der jetzt bereits bei 50 Prozent liegt.

Der permanente Aufenthalt im Elternhaus hat folgende Folgen: a) wird das Studium durch z. T. lange Anfahrwege erheblich erschwert, b) rekrutieren sich die Geförderten aus der sozialen Mittelschicht, in der bekanntlich ein ausgeprägtes Leistungs- und Aufstiegsdenken grassiert. Die staatlich organisierten

BAFöG treibt die „sozialen Härtefälle“ mittels staatlicher Sanktionen dahin, wo sie hergekommen sind, indem ihre Bildungschancen direkt an ihren bisherigen sozialen Status gekettet werden, statt ihnen die Ausbildung zu erleichtern. Es fördert nicht nur die Ausbeutung im bestehenden System, sondern auch die geistige und psychische Ausbeutung. Zunächst werden die Minderheiten exemplarisch geprügelt.

Allerdings kann bei den Schülern und Fachhochschulern schon nicht mehr von Minderheiten die Rede sein: dort werden schätzungsweise sechzig und mehr Prozent durch Honnef gefördert. Der prozentuale Anteil der Härtefälle, die durch Ermessungsentscheid gefördert werden, ist auch erheblich höher. Hier liegt das unmittelbare Solidarisierungspotential, wenn auch mit Einschränkungen, weil die Studenten technischer Studienwege in der Regel unpolitisch sind und sich vom zugesicherten Wohlstand und von der Aufstiegsdeologie Sand in die Augen streuen lassen.

Chancengleichheit ein Witz?

Die offiziell immer noch vertretene Ideologie von der Gleichheit der Bildungschancen besitzt nach wie vor Gläubiger, besonders im Kreise der nicht informierten und Desinformierten. Wie am Beispiel BAFöG gezeigt werden sollte, besteht diese Gleichheit jedoch defacto nicht. Wer nicht auf Förderung angewiesen ist, wird es in Zukunft auch nicht sein. Wer das Pech hat, der Masse der Unterprivilegierten anzugehören, wird in Zukunft zwischen zwei Übeln wählen dürfen: einem entbehrungsreichen Studium an der Uni oder einem nicht minder üblen Studium, gekettet an das traute Heim, mit all dem, wovon sich zu emanzipieren man gute Gründe hätte. Die Bildungschancen und die Möglichkeiten ihrer Realisierung werden noch stärker kontrolliert als sie es ohnehin schon waren. Die Milieuhängigkeit wird für die Emanzipationswilligen zur sozialen und finanziellen Repression.

Die sozialstaatliche Maßnahme BAFöG erschwert tatsächlich die Klassenmobilität, behauptet aber das Gegenteil. Die Einsicht in diesen Widerspruch ist ein Aspekt der Politisierung. Die Entpolitisierung und Heranbildung eines Fachidiotentums ist aber von der Konzeption des BAFöG her eine wesentliche Implikation. Der ideologische und finanzielle Druck im Elternhaus geht in schöner Harmonie Hand in Hand mit den Reglementierungsmaßnahmen im universitären Bereich. Die Begrenzung der Studienzeit und Verschulung des Studiums, alles unter der Oberaufsicht eines Förderungsreferenten, ist ein Instrumentarium der Herrschenden, mißliebige (insbesondere politisch engagierte Studenten) durch Sanktionen auszuschalten. Wer mehr wissen will als er wissen darf, wird im Sinne der Chancengleichheit in der Bildung von derselben ausgeschlossen.

Der formierende Charakter des BAFöG im Ausbildungsbereich ist offensichtlich: er legt die herrschenden Interessen frei. Eindimensionales Wissen, die Unfähigkeit, es als solches erkennen zu können (lernen, nicht forschen! heißt die Parole). Die fugenlose Integrierbarkeit der so unterwiesenen ins herrschende System zeigt, daß das BAFöG gewußt nicht dazu beitragen will, das Bewußtsein der Auszubildenden zu fördern, es will die Klassenlage nicht begreifen, sondern verschleiern helfen.

Verkehrschao an der RUB

Nicht immer herrscht so eine heile Welt bei offener Parkschanke wie auf dem nebenstehenden Bild:

- Die Parkplatzsituation zum Wintersemester wird katastrophal; die wenigen Plätze um die Gebäude können die Autos der dort 10 000 Studierenden nicht verkraften.
- Der Autostrom auf den vollgestopften Straßen bringt leider nicht nur die kleinen Blechschäden: In den letzten Monaten wurden auf dem Universitätsgelände mehrere Personen von Autos schwer verletzt, einige starben im Krankenhaus!!!
- Doch die Schuld liegt nicht nur bei den beteiligten Unvorsichtigen: Die Kennzeichnung der gefährlichen Kreuzungen läßt mehr als zu wünschen übrig. Erst nach einem tödlichen Unfall ließ Kanzler Seel die Kreuzung bei MA richtig sichern.
- Wie viele tödliche Unfälle muß es noch geben, Herr Seel, bevor der Gefahrenpunkt bei MC entschärft wird?
- Auch vor der Universität hat die Straßenbaubehörde mehrere Särge reserviert: Müssen erst wieder einige Menschen sterben, bevor die — jetzt umgebaute — S-Kurve vor IB verkehrssicher wird?



Auf zur neuen Unisatzung!



Die Verfassung der Ruhr-Universität — erst 1969 verabschiedet, um dem Hochschulgesetz zu entgehen — liegt in den letzten Zügen. Rektor Fallard meint bereits, daß es wohl sehr schwierig sei, noch eine Öffnungsklausel zu erreichen. Selbst UP-Vorsitzender Gralher, der qua Amt zu den Verteidigern jener Verfassung gehören müßte, glaubt, daß es nun wohl sinnvoller sei, nach dem Hochschulgesetz eine neue Satzung zu verabschieden.

In der nächsten BSZ werden wir in einem ausführlichen Artikel auf die Verfassungsproblematik an der RUB eingehen — bisherige Gremienarbeit, Staatskommissar, professorales Machtzentrum Senat, neue Univerfassung... Die Arbeit in Gremien — auch der reaktionäre Kampf des aufgeschreckten Senats (s. Bild) — wird immer sinnloser, da die wichtigsten und letzten Entscheidungen in Düsseldorf gefällt werden.

N. C. in Biologie?

Wenn eine Abteilung glaubt, sie habe nicht mehr genug Arbeitsplätze, muß sie nach einem vorgeschriebenen Verfahren Zulassungsbeschränkungen beantragen. Die Bochumer Abteilung für Biologie hat ein solches Verfahren nicht eingehalten.

Fazit: Bei den Biologen darf es

keine Zulassungsbeschränkungen geben:
Wer diese Rechnung aufstellt, hat sie ohne das Wissenschaftsministerium gemacht: In ministeriellen Erlässen wird formvollendet, allerdings unzuverlässigerweise nach dem Hochschulgesetz das für Bochum noch nicht gilt, ein numerus clausus angeordnet.

Korrigiertes Fazit: In Bochum werden Biologen nicht zugelassen. Nach Auskunft des Rektors ist dieses Verfahren zwar nicht ganz astrein, doch wer will schon einen langen Prozeß riskieren?

Moral: Das Wissenschaftsministerium (und das Rektorat, welches nichts unternimmt) scheut sich nicht, die noch nicht rechtmäßigen Formierungsmaßnahmen schon in Bochum anzuwenden.

schallplatten kaufen Sie im

Bochum, Kortumstr. 93

Herausgeber und Verleger:
Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Renate Zimmermann-Eisel (SHB), Hannes Sänger (SAG), Eva Adameit (SHB).

Redaktion: Bernd Holzrichter (REF), Harald Jung (SAG), Erich Eisel (SHB).
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60.
Auflage 10 000 Exemplare.
Anzeigenleitung: s. Redaktion.
Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.

Club Liberitas
BOCHUM - NORDRING 65 - TELEFON 167 35

	Nicht-mitgl.	Stud.
Sa., 9. 10. 71 VICTORY STREET SWING ORCHESTRA 20.00 Uhr. Dixieland und Swing	4,-	2,50
Sa., 16. 10. 71 PAPA'S GROOVE, Düsseldorf. 20.00 Uhr featuring Albrecht Claudi, Gitarre Pop Jazz, Rhythm & Blues	4,-	2,50
Sa., 23. 10. 71 HORST STEFFEN SOMMER, Berlin 20.00 Uhr „Horror-Hits und liebe Lieder“	5,-	3,-

VORANKÜNDIGUNG: FRANZ JOSEF DEGENHARDT, 18. Nov. 1971, in der Ruhrland-Halle Bochum. — Einheitspreis auf allen Plätzen DM 5,-. Vorverkauf bereits im Club, im Verkehrsverein und in der Kunst- und Bücherscheune.

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE

Der Club Liberitas ist täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet. Die Galerie SPEKTRUM ist montags bis freitags von 15 bis 19 Uhr geöffnet!

Ausprobieren!
Zungenmilder Pipe Tobacco.
6 Pröbchen gratis.
Einfach Postkarte an
EXCLUSIV
Tobacco
83 Landshut, Postfach 568

Die nächste BSZ am 21. 10. 71 mit Anfänger-Sonderseite

Clouds of high Enjoyment

WELLAUER'S
ENGLISH BLEND
Pipe Tobacco

With Latakia, Perique and Cavendish

asta-aktionsprogramm

Woher kommt das Elend?

Wir gehen davon aus, daß das Elend der kapitalistischen Gesellschaft in dem Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital besteht. Dieser äußert sich darin, daß ein minimaler Teil der Bevölkerung (die Kapitalistenklasse) im Besitze der Produktionsmittel ist, während die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, weil sie sonst nichts besitzt, wovon sie leben kann. 1,7 Prozent (der Bevölkerung d. V.) besitzen 1960 bereits 70 Prozent des produktiv genutzten Vermögens in privater Hand.

Während der Staat im Konkurrenzkapitalismus die Funktion hatte, diese Eigentumsverhältnisse mit physischer Gewalt abzusichern (Polizei, Militär, Verwaltung) (Nachwächterstaat), hat sich seine Rolle im Spätkapitalismus entscheidend geändert. Mit dem Erkennen, daß Krisen im Kapitalismus nicht zufällig sind, die die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft nur aufhalten, sondern im System verankert sind, d. h. direkt aus der Produktionsweise entspringen, spielte die Bourgeoisie dem Staat eine neue Rolle zu, nämlich quasi als „Gesamtkapitalist“. Verschärfungen solch krisenhafter Entwicklungen durch Eingriffe in ökonomische Bereiche (Subventionen, Sozialpolitik, Konzertierte Aktion usw.) aufzufangen oder zu verschleiern.

Da aber nicht nur der unmittelbare Produktionsbereich durch die Interessen der Kapitalistenklasse bestimmt wird, sondern alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens

Eigentum an den Produktionsmitteln und bestimmen, wie und was produziert wird (Diktatur des Proletariats). Diese Umwälzung und somit Beseitigung des Grundwiderspruchs kann nur vom Proletariat, bedingt durch seine Stellung im Produktionsprozeß, getragen werden.

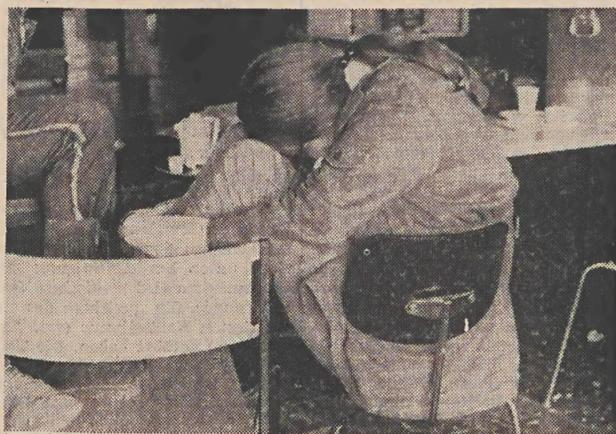
Da dieser Widerspruch sich äußert in seiner unmittelbarsten Form in der Produktion, aber die Totalität der menschlichen Lebensverhältnisse im Kapitalismus und damit auch den Bereich der Ausbildung bestimmt, kann der Kapitalismus deshalb nicht allein durch die Entfaltung der Fabrikkämpfe und die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln überwunden werden, sondern in jeder Phase des Klassenkampfes muß dieser auf die Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse bezogen werden. D. h.: er muß auch in allen Bereichen geführt werden. Sozialistische Organisationen müssen heute auch Probleme wie Umweltverschmutzung, Wohnverhältnisse und Bildungschancen aufnehmen und in den Zusammenhang mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln stellen. Es ist eine Verkürzung, wenn man glaubt, daß sie sich nur in der Veränderung der Eigentumsverhältnisse manifestiere.

Die Frage nach den politischen Prioritäten, die immer wieder dazu führt, daß der Kampf in den Betrieben eine entscheidende Bedeutung gewinnt, darf uns nicht die Augen vor der gesamtgesellschaftlichen Perspektive verschließen. Die Reduktion des antikapitalistischen Kampfes auf die Form des juristi-

nen Konkurrenz kulminierten in der Krise von '66/67.

Eine erste Reaktion breiter Bevölkerungsschichten erfolgte in der Beteiligung an der Kampagne um die Notstandsgesetze, dann eine zweite — speziell der Arbeiter — massiver in den Septemberstreiks

Berufsangebots und der prinzipiell nur kurzfristigen Prognostizierbarkeit der Berufsnachfrage. Daher kam es, daß die Universität in ihrer Struktur noch nicht geändert wurde. Das war im übrigen auch deswegen nicht möglich, weil eine Umstrukturierung mit beispielsweise örtlicher Aufgabenteilung eine



... die pennenden Studenten ...

'69. Die durch Investitionsanreize (Sonderabschreibungen etc.), Integrationstendenzen („konzertierte Aktion“) und Konzentrationsanstöße für das Kapital (Verdoppelung der meldepflichtigen Großfusionen seit '68) bestimmte SPD/FDP-Wirtschaftspolitik stellt sich als Krisenmanagement dar.

Zur Zeit scheint wieder eine Krise ihrem Höhepunkt zuzusteuern, was sich äußert in einer Beschneidung des Exportmarktes (US-Zölle infolge der S-Krise), Kurzarbeit wird eingeführt, offensive Personalpolitik der Arbeit „geber“, Versuche der Illegalisierung von Streiks, Schiller agiert wieder konzentriert: Wirtschaftspolitik als Verwaltung des Chaos.

Im Rahmen dieser Entwicklung gewann die Bildungspolitik — verstanden als Arbeitsangebotspolitik — zunehmend an Wichtigkeit. (Hier zeigt sich im übrigen, daß das „freie Spiel von Angebot und Nachfrage“ reine Ideologie ist. Denn hier plant der Nachfrager das Angebot: Bildungspolitik wird im Interesse des Kapitals betrieben.)

Die Geschichte der Bildungspolitik nach '45 gliedert sich nun, in drei Phasen. Nach Kriegsende fand die Produktivitätssteigerung (= Qualifizierung der Produktionsmittel und der Arbeitskräfte) in einem so geringen Maße statt, daß die Universität vorwiegend als Ausbildungsstätte der bürgerlichen Elite und in geringerem Maße als Produktionsstätte von unmittelbar verwertbarer und systemstabilisierender Wissenschaft noch nicht angestastet, noch nicht umstrukturiert zu werden brauchte. Als sich zu Anfang der 60er Jahre die ersten Engpässe auf dem Arbeitskräftemarkt bemerkbar machten, erwies es sich als notwendig, dort längerfristig zu planen.

Die Bildungspolitik trat in ihre erste Phase. 1960 empfahl der Wissenschaftsrat aufgrund von Trendextrapolationen den Hochschulen Kapazitätserweiterungen. Hier äußerte sich erstmals die Hilflosigkeit einer Bildungsplanung im kapitalistischen System, die den Widerspruch zu lösen hat zwischen der Langfristigkeit einer Planung des

Zentralisation der Planung erforderlich gemacht hätte, die zu dieser Zeit wegen des eifersüchtigen Wachens der Länder über ihre Kulturhöhe noch völlig undenkbar war.

In einer zweiten Phase erwies es sich als notwendig (auch aufgrund der Fehlkalkulationen des Wissenschaftsrates), die Universität nach den Prinzipien der optimalen Betriebsgröße zu durchforsten. In diesem Zeichen standen auch vorgenommene strukturelle Änderungen.

Mit diesen Bemühungen ging einher der Versuch einer Disziplinierung der Studenten (Ordnungsrecht), quasi die Unterwerfung der Betriebsangehörigen unter den Betriebs „zweck“. In diesem Stadium setzte die Studentenbewegung ein. Allerdings sah sie noch nicht, daß dies primär eine Form der Unterwerfung der Universität durch das Kapital war, sondern sah diese Unterwerfung personifiziert und im wesentlichen begründet in der Selbstherrlichkeit der (feudalen) Ordinarien und richtete entsprechend ihren Kampf aus. Kurzfristig liefen aber die Interessen von Studentenbewegung und Kapital in der Zerschlagung der Ordinarienherrschaft parallel.

In der dritten Phase wird zum ersten Male versucht, die Lösung des oben angedeuteten Widerspruchs zu finden und zur Anwendung zu bringen. In einer noch unter der Großen Koalition vorbereiteten Grundgesetzänderung wurde die Bildungsplanung faktisch zentralisiert (Bund-Länder-Kommision) als Voraussetzung einer Strukturänderung. Verschiedene, bereits in enger Zusammenarbeit mit der Industrie im vormaligen parlamentarischen Raum werkelnde Bildungsplanungsorganisationen schwenkten ebenfalls auf den neuen Kurs (Wissenschaftsrat, Deutsche Forschungsgemeinschaft). Seit etwa 2 Jahren werden die neuen Vorstellungen — gewonnen in Gesetzen — in die Wirklichkeit umgesetzt. Unter den neuen Gesetzen, die wir teils schon haben, die noch teils auf uns zukommen werden, sei das Hochschulrahmengesetz herausgegriffen, das die Trends der 3. Phase deutlich erkennen läßt.

Was soll das Hochschulrahmengesetz?

Sein Charakter als Bundesgesetz spiegelt wider

die Zentralisation der Planung, notwendige Bedingung für eine „Effizienz“ des Hochschulsektors. Der Widerspruch zwischen langfristiger Planung und kurzfristiger Berufsnachfrage wird dadurch „gelöst“, daß im Rahmen der „Integrierten Gesamthochschule“ (IGH) „aufeinander bezogene“ Studiengänge angeboten werden, die es erlauben, leichter das Fach zu wech-

genanntes „Lernenlernen“) als Vorbereitung dafür, bei der künftigen prinzipiellen Unsicherheit des Arbeitsplatzes sich dem Bedarf entsprechend selber umschulen zu können. Das bedeutet:

* Flexibilität der Studiengänge und Flexibilität des Ausgebildeten.

Wer meint, damit seien wesentliche Voraussetzungen für ein emanzipatives Studium gegeben, verkennt, daß sich kapitalistische Aus-



... mobilisieren.

seln und/oder Studienbausteine zusammenzusetzen zu verschiedenen Berufsausbildungen (sogar später einmal zu Berufen, die es jetzt noch gar nicht gibt), wobei es wichtig ist, daß die Weichen für einen bestimmten Beruf noch relativ spät gestellt werden können. Dazu kommt die Tendenz, den Studenten hauptsächlich das Lernen beizubringen (so-

bildungsplanung den Bedingungen der Profitsicherung für das Kapital unterzuordnen hat. Folgerichtig ist das im Gesetz berücksichtigt: Um die Ausbildungskosten nicht zu hoch steigen zu lassen (sie vermindern stets den Mehrwert des Kapitalisten) und die potentiellen Arbeitskräfte nicht der Wertung durch das Kapital zu lange zu ent-

3x in Nähe der Uni SPARKASSE

Querenburg, Im Westenfeld 22 Tel. 51 10 15

SPARKASSE

Universität, Buscheystraße 132 Tel. 51 16 74

SPARKASSE

Girondelle, Steinkuhlstraße 119 Tel. 51 41 72

- in Ihrer Nähe -

zieren (trotzdem sind bis 1985 Gastarbeiter noch fest eingeplant: s. Bildungsgesamtplan), ist für die Masse der Studenten ein 6-Semester-Kurzstudium angestrebt, einer Elite wird es vergönnt sein, länger zu studieren („Lehren und Forschen lernen“), sogar an Privatuniversitäten. Daß nicht zu viele zu lange studieren und außerdem die „richtigen Berufsfelder“ anvisieren, dazu hilft eine obligatorische Studienberatung und im Zusammenhang mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) eine befristete, an bestimmte Leistungen (wofür die Bedingungen je nach Bedarf zentral festgelegt werden) gebundene Ausbildungsförderung. Zur Unterbindung von Systemkritik ist dazu die Zerschlagung der verfaßten Studentenschaften mit ihrem Beitragserhebungsrecht vorgesehen. Die oben angedeutete Flexibilität wird also kanalisiert durch eine

* Reglementierung mit der Folge der Spaltung in qualifizierte Elite und minderqualifizierte Masse (Rezeptmacher versus Rezeptanwender),

mit der Folge, daß einerseits den (ideologisch nicht zuverlässigen) Kurzstudenten die kritische Hinterfragung der Studieninhalte und damit der Hochschulfunktion durch den Leistungsdruck verunmöglicht wird, andererseits die privilegierte,

ideologisch zuverlässige weil ausgefilterte Elite als systemstabilisierendes Potential in leitenden Stellungen und in der Forschung zur Verfügung steht.

Ähnliche Gedanken scheinen ausschlaggebend dafür zu sein, daß dem Trend zur Auslagerung der Forschung aus der Universität (trotz „Einheit von Forschung und Lehre“) nicht begegnet wird (bereits 85 Prozent der Forschung geschieht außerhalb des Universitätsbereiches). Sogenannte Schwerpunktforschung soll zwar noch an die Universitäten verwiesen werden, die brisanten Projekte wie Rüstungsforschung, Friedensforschung etc. werden jedoch aus dem Kreuzfeuer universitärer Kritik in einträchtig von Staat und Industrie bezahlte private Gesellschaften (z. B. Kernforschungszentrum Karlsruhe) verlagert, wo mit öffentlichen Mitteln ohne öffentliche Kontrolle Produkte zur Fertigung reife und damit zur Verwertung durch die Unternehmen entwickelt werden:

* Auslagerung der Forschung. Dies ist der im groben skizzierte Rahmen der aus ökonomischen Interessen des Kapitals erwachsenden Bildungspolitik im Hochschulbereich. Dieser Rahmen setzt hinwiederum den Rahmen für eine Hochschulstrategie.

Fortsetzung folgt



hier an der RUB ...

von diesen erfaßt werden, muß der Staat in dieser neuen Rolle (Krisenmanagement zur Absicherung der Herrschaftsverhältnisse) auch auf Gebieten wie z. B. dem Ausbildungssektor im Auftrage des Kapitals intervenieren.

Aus der Erkenntnis, daß HSG, HRG, BAFÖG etc. nicht isoliert betrachtet werden können, folgt, daß diese Maßnahmen seitens des Kapitals nicht isoliert bekämpft werden können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines antikapitalistischen Kampfes, da die Widersprüchlichkeit im Ausbildungswesen erst im Verlaufe der Klassenkämpfe und mit dem siegreichen Ende im Sozialismus stattfinden.

Die entscheidende Veränderung der Gesellschaft ist die Umwälzung der Produktionsverhältnisse, d. h. die Produzenten (Arbeiter) haben

schon Eigentumsverhältnisses kann in seiner Konsequenz nur in einem Sozialismus à la DDR oder Sowjetunion enden.

Dort behauptet man den Sozialismus verwirklicht zu haben, sobald die Produktionsmittel nicht mehr von Privateigentümern, sondern vom Staat kontrolliert werden. Sozialismus heißt aber, die politische Artikulation der Massen und die direkte Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu gewährleisten, heißt die Warengesellschaft und die mit ihr verbundenen Formen der Lohnarbeit aufzuheben, heißt die Trennung von Hand- und Kopfarbeit und die kapitalistische Arbeitsorganisation abzuschaffen, heißt eine Ausbildung zu schaffen, die die Fähigkeiten der Menschen allseitig entwickelt.

Warum diese scheiß Bildungspolitik?

Um die gegenwärtige Bildungspolitik zu begreifen und zu erklären, muß man ihre historische Entwicklung analysieren. Da hinwiederum Bildungspolitik eine Politik des Angebots an qualifizierten Arbeitskräften darstellt, soll zunächst kurz die ökonomische Entwicklung in der BRD seit '45 skizziert werden. Hieraus wird sich dann die Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs ableiten lassen.

Nach '45 fand das Kapital einigermassen günstige Startbedingungen vor. Im Kriege modernisierte und rationalisierte Produktionsanlagen standen teils noch zur Verfügung, teils konnten neue aufgrund des Zuflusses an ausländischem Kapital (Marshallplan) erstellt werden. Zudem wartete ein leergefegter Markt auf Sättigung. Ein gro-

Bes, bereits mit den nachgefragten Qualifikationen ausgestattetes Arbeitskräfteangebot stand einer kleinen Arbeitskräftenachfrage gegenüber. Die Folge: ein im Vergleich zu anderen Ländern recht niedriger Lohnsatz. Ein Großteil des erwirtschafteten Mehrwerts konnte wieder investiert werden.

Im Laufe der Jahre wurde das Arbeitsangebot aufgesogen. Engpässe auf dem Arbeitsmarkt gab es bis '61 (Mauerbau) infolge des Zustroms an Fachkräften aus der DDR kaum, so daß es zu einem Wachstum bei Vollbeschäftigung kam. Die Folgen der Knappheit an entsprechend qualifizierten Arbeitskräften, der Überproduktion (= Übersättigung von Märkten) und der zunehmenden internatio-

US VERKAUF

Führendes Haus in Western-Bekleidung

H. PETERMANN

Bochum - Rathausplatz 8

Telefon 66939

Faillard for ever

Am 14. Oktober läuft die Rektorats-Amtszeit von Hans Faillard ab, dem ersten Rektor, der sein Amt auf der Grundlage der 1969 verabschiedeten RUB-Verfassung ausübte — wählen ließ er sich allerdings gegen die Stimmen der Studenten vom alten Professoren-Konvent, und er hielt es auch nie für nötig, sich vom neuen UP bestätigen zu lassen.

Und auch jetzt tritt er nicht ab: das UP, das im Februar 1970 vergeblich versucht hatte, Faillard abzuwählen, bat ihn im Juli, doch sein Amt über die reguläre Amtszeit hinaus weiter zu führen. Der Antrag kam von Studenten und Assistenten, denselben Gruppen also, die seinerzeit die Abwahl des Rektors betrieben hatten — (diesmal waren es jedoch nur noch die BSU und Spartakus/FHV-Studenten, die glaubten, im UP etwas erreichen zu können).

Dabei hatten gerade diese Studenten und Assistenten ihre Mitarbeit im UP vordringlich damit begründet, daß im SS '71 unbedingt ein neuer Rektor gewählt werden müsse. Es gab sogar einen assistenten Kandidaten für dieses Amt. Die verschlungenen Wege der UP-Strategen führten jedoch nicht zu dem versprochenen neuen, progressiven Rektor, sondern zur Bestä-

tigung des alten. Man versicherte, daß man zu Beginn des Wintersemesters dann sofort zur Neuwahl schreiten werde. Bei realistischer Einschätzung muß man allerdings sagen, daß er frühestens am Ende des Wintersemesters, wenn nicht erst im nächsten Sommersemester zur Rektorwahl kommen wird.

Der Wissenschaftsminister hat Faillard aufgrund des UP-Beschlusses mit der Fortführung der Rektoratsgeschäfte beauftragt. Faillard bleibt uns also auf jeden Fall noch erhalten.

Faillard hat in seiner zweijährigen Amtszeit die Machtposition Rektors weidlich ausgenutzt gegen Studenten und Assistenten. Abgesichert durch das Vertrauensvotum aller vier Gruppen im UP, wird er sich in seiner reaktionären Politik noch bestärkt fühlen.

Faillard for ever!

Bespitzelung leider nicht möglich

Nach einem Geheimerlaß von Innenminister Weyer sollen die Universitäten Auskünfte über den Studierfortschritt ausländischer Studenten den Auslandsbehörden melden. Grundlage hierfür ist das diskriminierende Ausländerrecht, welches Aufenthaltserlaubnisse nur gewährt, wenn die Belange der BRD nicht beeinträchtigt werden.

Wie dieses allerdings durch eine längere Studienzzeit der ausländischen Kommilitonen geschehen soll, bleibt fraglich (vor allem, wenn diese wegen Schwierigkeiten mit dem deutschen Universitätsstudium länger studieren müssen).

Wahrer Hintergrund: Immer mehr ausländische Studierende lassen sich die Abhängigkeit von den Botschaften und Geheimdiensten ihrer oft konservativen oder faschistischen Heimatländer nicht mehr gefallen und arbeiten aktiv in Internationalismusgruppen oder mit ihren in der BRD arbeitenden Kollegen gegen die Unterdrückung in ihrer Heimat. Und während man die deutschen linken Studenten halt ertragen muß, will man die

ausländischen Genossen aus der BRD rausschmeißen.

Die ganze Sache kam raus, als der Bonner Rektor sich weigerte, dieses schmutzige Spiel mitzumachen; die anderen NRW-Universitäten haben nach Angaben aus Düsseldorf mitspielt.

Der Referent des Bochumer Rektors dazu: „Diese Fälle hatten wir in Bochum nicht; wir geben auf Anfrage nur die Daten wie Semesterzahl, Studienfach, Wohnort wieder.“

Doch auch dies reicht schon aus; und die deutschen Mitstudierenden können sich schon darauf einstellen, daß ihnen nach dem Hochschulrahmengesetz eine ähnliche Bespitzelung blüht.

Linke Diskussion:

Klassencharakter des Parlamentarismus

„Doch begrenzt die kapitalistische Klasse notwendigerweise die Demokratie auf die politische Sphäre“ (Stojanovic). „Die Möglichkeit einer Neuverteilung unserer Güterordnung war im Jahre 1945 — und Gott sei Dank kann man nur sagen — völlig irreal... Wir haben diesen Eingriff nicht nur nicht gemacht, sondern wir haben ihn auch durch unsere Verfassungsordnung ausdrücklich verriegelt.“

Die Verfasser des Grundgesetzes haben sich gerade nicht auf eine bestimmte Konzeption der Güterordnung festgelegt; die auf dem Eigentum weniger an den Produktionsmitteln aufgebauten Prinzipien der kapitalistischen Wirtschaft sind nicht im Grundgesetz verankert worden.

Arbeiten: Gotschalch, Parlamentarismus und Räteökonomie. Wagenbach, Berlin 1970 (Rotbuch Nr. 10), 126 S. (ab. S. 47 Lesebuch), 4,50 DM.

Agnoli-Brückner, Die Transformation der Demokratie, Europäische Verlagsanstalt Frankfurt 1968, 194 Seiten, 12 DM.

untersucht und der als Involution (Rückbildung), Transformation oder — wertend — als Depravierung (Verschlechterung) ursprünglich demokratischer Ansätze bezeichnet wird.

Agnoli versteht unter „Involution“ nicht etwa die Diskrepanz zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit oder den funktionellen Wandel des Verteilers von Subventionen und Sozialleistungen. Involution wird als Gegenbegriff zur Evolution verstanden und soll den „komplexen politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Prozeß der Rückbildung demokratischer Staaten, Parteien, Theorien in vor — oder antidemokratische Formen“ bezeichnen (S. 10).

Der Verdrängungsprozeß wurde erst in jüngster Zeit unterbrochen, als die Illusion von Funktionieren des „marktwirtschaftlichen Prinzips“ auf dem Wohnungsmarkt anläßlich von „Auswüchsen“ in der freien Verfügungsgewalt der Hauseigentümer zerstört wurde und Art. 15 GG langsam wieder ins Gespräch kam.

Art. 15 GG ist nur ein Beispiel für einen in den westlichen Demokratien ablaufenden Prozeß, der in den beiden hier zu besprechenden

wecheln sie dann die Freiheit des wirtschaftlichen Konsums mit der Freiheit an sich.“

„Programm und Technik des sozialen Friedens“ heißt das Kapitel, in dem A. aufzeigt, daß Pluralität der Interessen und Pluralismus auf der Distributionsebene politisch der Polarität entgegenwirkt, die nach wie vor an der Basis der Gesellschaft besteht. Das Programm des so-

zialen Friedens stellt sich für ihn als „Neuaufgabe des alten politischen Repressionsprogramms des Kapitalismus“ (S. 22) dar, das hilft, „den Verlust an Politik zu kompensieren und die Notwendigkeit der Politik zu verdecken.“ (S. 22). Dadurch wird die im ökonomischen Bereich bestehende — antidemokratische — Herrschaft der Kapitaleigentümer stabilisiert.

Gewaltenteilung

Das parlamentarische Regierungssystem ist nach A. die spezifisch bürgerlich kapitalistische Form des Verfassungsstaates, die „die Reduktion des Antagonismus auf den Pluralismus“ widerspiegelt. Diese These, von A. nicht sehr eingehend erörtert, wird in vorzüglicher Weise durch das Buch von Gotschalch (Professor für Politik an der PH Berlin) erhärtet. „Ursprünglich war die Forderung nach parlamentarischer Demokratie eine Kampparole des Bürgertums“ (S. 1), das politische Gewalt im Staat wollte, um seine „ökonomischen Interessen besser durchsetzen zu können.“ Wenn auch dieser Ausgangspunkt von G. nicht ganz zutreffend ist, — es ging damals auch um die Erämpfung von Freiheitsrechten gegenüber einem allmächtigen Staat — so trifft aber zu, daß das Bürgertum, als es die politische Macht im Staat erkämpft hatte, diese regelmäßig zur Durchsetzung und Absicherung seiner klassenspezifischen Interessen genutzt hat.

Anschließend analysiert G. die Begriffe Gewaltenteilung, parlamentarischer System und Rechtsstaat unter Berücksichtigung der ökonomischen und politischen Veränderungen, die zur Phase des organisierten Kapitalismus (vgl. Agnoli oben) geführt haben. Die Teilung der Gewalten hat nach seiner Ansicht inzwischen an Bedeutung verloren, da sowohl Parlament als auch Regierung, „die politischen Ausschüsse des Bürgertums“ (S. 9) geworden sind. Außerdem wird die tatsächlich vorhandene Aufteilung der Macht zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und den nicht besitzenden Klassen und der Einfluß der Kapitaleigentümer zum Beispiel auf Parteien immer stärker.¹⁾ Das führt dazu, daß der organisierte Kapitalismus das parlamentarische Regierungssystem immer mehr in den Dienst seiner ökonomischen und politischen Interessen stellt (S. 15).

Fortsetzung folgt (aus ROTE ROBE 1/71, Dietrich Harke, Heidelberg)

1) Forsthoff, Haben wir zu viel oder zu wenig Staat? Vortrag, gehalten vor der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer. In: Rechtsstaat im Wandel, Verfassungsrechtliche Abhandlungen, 1950-1964, Stuttgart 1964, S. 63 ff. — Zur „Irrealität“ der Neuverteilung vgl. Deppa U. a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt 1969, S. 70. 2) Dazu statt vieler Maunz, Staatsrecht, 12. Aufl., 1963, S. 150. 3) Demokratisch wird hier nicht — wie heute weithin üblich — im rein rechtsstaatlichen Sinn, sondern in seiner ursprünglichen Bedeutung — Herrschaft des gesamten Volkes verstanden. Das ist auch wichtig für das Verständnis der im folgenden besprochenen Bücher. 4) Nach dem GG hängt es von der politischen Entscheidung des Gesetzgebers ab, ob und in welchem Umfang er von der Möglichkeit der Sozialisierung Gebrauch macht. Vgl. Leibholz-Rinck, Grundgesetz, 1966, Anm. zu Art. 15. 5) Was mit der von der CDU nach 1945 betriebenen wirtschaftlichen Restauration zusammenhängt. Verbal hatte sie damals eine ganz andere Position vertreten: „Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ „Das kapitalistische Wirtschaftssystem, ist den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“ (Aalen-Wirtschaftsprogramm der CDU, zit. nach Hüfsmid, Die Politik des Kapitals, 1969, S. 138). 6) Vgl. Leibholz in FR v. 4. 1. 1971 und Spiegel 3/71, S. 30. 7) A. a. O. Vorwort S. 8. 8) Ebenda.

9) Wirtschaftsverwaltungsrecht II, 1964 S. 150 f. 10) A. a. O. S. 152. 11) Huber Wirtschaftsverwaltungsrecht, 2. Aufl., 1963, Band 1, S. 41. 12) Die Partnerschaftsideologie wurde 1891 v. Papst Leo XIII in seiner Enzyklika „rerum novarum“ entworfen und ist seitdem Leitbild der christlichen Arbeiterbewegung. Vgl. Spiegel 4/70, S. 49. 13) So wird es verständlich, wenn ein Vorstandsmitglied der BASF — gleichzeitig Mitglied mehrerer Kuratorien von Instituten der „Max-Planck-Gesellschaft“ — sich mit Dankbarkeit und Freude über die Feststellung äußert, daß heute viele Arbeiter ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung besitzen, daß in der Arbeiterwohnungsmodernisierung fast zur Selbstverständlichkeit geworden sind, daß mehr und mehr Arbeiterfamilien sich ein Auto leisten und darin Ferienreisen auch nach fernen Ländern durchführen können“ (Heintzler, Volkspaktalismus, 2. Aufl., 1969, S. 18 f.). Die Frage der Realität des Wohlstandes und der mit dem Eigentum am Produktionsmittel verbundenen Macht wird von Heintzler wohlweislich nicht gestellt. 14) „Man schätzt, daß allein die Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie direkt oder indirekt bis zur Hälfte der CDU-Wahlkampfkosten aufbringt“ (Jäggi, Macht und Herrschaft in der BRD, 1969, S. 116). Im Jahre 1969 erhielt die CDU als Spende z. B. von der Siemens-AG DM 30 000.— vom Bundesverband des Deutschen Güterverkehrs DM 50 000.— Die größeren Spender sind namentlich nicht bekannt, da die Spenden zum Teil über Vereinigungen wie z. B. „Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg“ (269 000.— DM) liefen. Vgl. FR v. 11. 12. 1970.

Organische Wachstumsstörungen

Ende 1968, nachdem der kapitalistische Hormonhaushalt das organische Wachstum der Ruhrwirtschaft wieder einmal dargebracht hatte, schlossen sich 80 Prozent der Kohlenbergwerke des Ruhrgebiets zur Ruhrkohle AG zusammen. 80 Prozent deshalb, weil die Ruhr-Industriellen nur die verlustreichen Bergwerke in die Gesellschaft einbrachten, nicht aber die lukrativen Zechen, Kraftwerke und Hütten. Die Unternehmerverantwortung zwang sie, sich die Abtrennung der Pleitewerke aus Steuermitteln teuer bezahlen zu lassen.

Kaum war das Pflänzchen gesetzt, da wurde es schon von Schmarotzern besetzt. Der Aufsichtsrat mit Overbeck (Mannesmann), Sohl (Thyssen), Vogelsang (Krupp), Harders (Hoesch) und Kemper (VeBa) — man sieht, die ganze Bande ist zusammen — kam mit dem Vorsitzenden des Vorstandes überein. Die Ruhrkohle AG verpflichtete sich, die Stahlhütten mit Kohle für weniger als 80 DM pro Tonne zu versorgen.

Milliarde und dann noch mal eine Milliarde — das steht schon fest — und dann soll's wieder organisch wachsen.

Die Tonnen wurden rangekarrt; zum Teil von Ruhrbergleuten, zum Teil mit Frachtern aus Südafrika und Australien, wo die AG 140 DM pro Tonne zahlen konnte. Unter diesen Umständen kann es nur noch die Spezialisten der Abt. VII wundern, daß die Ruhrkohle AG bankrott ist. Nun kann aber nicht bankrott sein was nicht bankrott sein darf. Denn immerhin beschäftigt die AG fast 200 000 Arbeiter und Angestellte. Also braucht das Pflänzchen eine Hormonspritze aus der Steuerkasse. Zunächst mal eine Milliarde, denn so hoch sind schon jetzt die Zahlungsverpflichtungen, im nächsten Jahr noch mal eine

Vorläufig also müssen die Kumpel über die Steuerkasse die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze noch mit einem Teil ihres Lohnes selber finanzieren. Der direkt angeeignete Profit, die direkte Ausbeutung reicht nicht mehr hin.

Nun weiß jeder, daß der Ruhrbergbau über kurz oder lang ohnehin kaputt geht. Man könnte also langfristig vorausplanen und neue Arbeitsplätze in zukunftssträchtigen Industrien schaffen. Statt dessen aber wurden Unsummen für eine Werbekampagne zwischen Rhein und Ruhr ausgegeben, um den Bergwerker-Nachwuchs zu rekrutieren. Nachwuchs für einen toten Beruf, Nachwuchs für nicht existente Arbeitsplätze. Das ist die Unternehmerverantwortung: das organische Wachstum wird's schon irgendwie regeln, denn jeder, der meint „daß es in unserer modernen Zeit eben nicht ohne Planung gehe, der vernebelt die politische Landschaft“ (Erhard).

Fluch der Bosse

Die Bochumer DGB-Jugendgruppe hat einen Maulkorb umbekommen, weil sie den DGB-Bossen zu unbequem ist. Die Gruppe plante im Zusammenhang mit dem Beschluß der Versammlung vom 2. 9. Protestaktionen gegen das Betriebsverfassungsgesetz, z. B. Flugblätter, Informationsstände. Aber diese Aktionen wurden vom DGB-Kreisvorstand verboten. Die DGB-Jugendgruppe bekam deshalb eine Abfuhr, weil der Kreisvorstand des DGB Rückstufung auf die FDP/SPD-Politik nimmt. Das ist deshalb kein Wunder, weil viele DGB-Bosse SPD-Mitglieder sind. Das einzige Argument der Bosse war der Einwand, daß die Jugendgruppe nicht der Vorreiter von Aktionen sein dürfte. Aber auch die SDAJ/DKP, die in der DGB-Jugendgruppe zahlreich vertreten ist, zeigte wieder einmal ihr wahres Gesicht: Als einige Mitglieder der DGB-Jugendgruppe ein Flugblatt gegen das BVG auf eigene Kosten drucken lassen wollten, waren sie dagegen vor lauter Angst, aus dem DGB ausgeschlossen zu werden. Das ist dieselbe SDAJ, die noch auf der Veranstaltung des DGB am 2. 9. die Forderung nach Flugblättern und Demonstrationen unterstützte. Das ist die SDAJ, die die Kollegen in Worten zum Kampf auffordert, aber bei Auseinandersetzungen den Schwanz einzieht.

DGB „contra“ BVG

Ungefähr 100 Betriebsräte und Vertrauensleute waren am 2. 9. vom DGB zu einer Aussprache über die verschiedenen Entwürfe zum Betriebsverfassungsgesetz eingeladen worden. Es sprach Olaf Radke vom Vorstand der IG Metall. Er erläuterte die feinen Unterschiede zwischen den Entwürfen und versuchte den anwesenden Kollegen vorzulegen, daß der DGB-Entwurf ein Entwurf im Interesse der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge sei. Alle Entwürfe haben das Ziel, die Arbeiter in den Fabriken dumm und ohne Einfluß zu halten: der Regierungsentwurf von SPD/FDP im Interesse der Kapitalisten und der DGB-Entwurf mit ein paar kleinen Verbesserungen im Interesse der Gewerkschaftsführung, die damit ihre Position ausbauen könnte.

Herr Radke vermied es denn auch, auf die Bedeutung eines BVG innerhalb dieses Staates einzugehen. Aber auch sein Eintreten für den Entwurf der Gewerkschaften waren nur hohle Worte. Als in der Diskussion gefordert wurde, daß die Arbeiter und Gewerkschaften

für den DGB-Entwurf kämpfen sollten, als von Demonstrationen und Streiks gesprochen wurde, traten Radke und der DGB-Kreisvorstand den Rückzug an. Sie sahen den Unternehmerstaat und ihre eigene schöne Funktionärsstellung gefährdet und versuchten alle Initiativen mit Hinweisen auf SPD oder Gewerkschaftsgremien zu verhindern.

Trotzdem stimmt am Schluß 80 - 85 Prozent der Betriebsräte und Vertrauensleute für diesen Antrag: Wir fordern den DGB-Kreisvorstand auf, Aktionen gegen den Regierungsentwurf zum BVG vorzubereiten, so z. B. Flugblattaktionen und Demonstrationen. Der Kreisvorstand des DGB, der noch am Anfang der Veranstaltung die Presse begrüßte, erreichte es dann wohl auch, daß über die Diskussion und die Anträge kein Wort in den Zeitungen erschien.

So verrät man die Kampfbereitschaft von Arbeitern, die sich gegen die steigende Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalisten wehren wollen.

BAFöG und die Ideologie

Spinnen die Väter des BAFöG? Oder vertreten sie einfach das Interesse einer Klasse? Ausbildung im Sinne der Herrschenden als Ausbildung schlechthin zu deklarieren, wo doch in Form und Inhalt der Ausbildungsrichtlinien das herrschende Interesse sichtbar wird. Paradoxer noch ist, daß diese Interessen sehen zu lehren als „Ideologisierung“ verfehlt wird.

Aber ideologisch wird etwas nicht dadurch, daß man es so nennt. Die Ideologie erweist sich dort, wo der Begriff einer Sache diese nicht begreift, und dennoch behauptet wird, er täte es. Ideologien sind interessierte Falschmeldungen über die Wirklichkeit. Nicht das Faktum, daß Ideologien interessengesteuert sind, macht sie zu einer verhängnisvollen Sache, sondern daß das Interesse weniger als Interesse der Masse verkauft wird. Aber selbst wenn das BAFöG Massenzuspruch erlangen sollte — was nicht anzunehmen ist — so wäre dieser keineswegs ein Beweis seines nicht-ideologischen Charakters. Erst müßte die Entstehungsgeschichte dieses Masseninteresses aufweisen, daß es nicht bloß Meinung und selbst ideologisch geprägt ist. Aber das objektiv richtige Interesse der Massen ist mit Recht an deren objektivem Lebenszusammenhang geknüpft, an deren objektiver Klassenlage. Einzig der Versuch, die Lage der eigenen Klasse zu begreifen und den immer tiefer zu verstehenden Klassengegensatz aufzuheben wäre ein nicht-ideologisches Interesse. Denn wer es ausspricht, sagt nichts, was die ideologischen Begründer nicht schon selbst wußten:

der verbreitete Irrtum über die Wirklichkeit (Ideologie) verwandelte sich in Wahrheit; der von herrschender Seite zu verschleiender Sachverhalt wäre endlich adäquat begriffen, die vernünftige Praxis könnte sein. Käthe Strobel und ihre Klassenfreunde sind an vernünftiger Praxis nicht interessiert; BAFöG will in Nebel hüllen, was enthüllt werden muß. Sie ist bei aller Freundlichkeit der objektive Klassenfeind der unter BAFöG Ausbeuteten. Wir bedanken uns für dieses Gesetz in Namen der Großindustrie, der privaten Kapitalverwertung, der Ordinarinen...

Frischwärts-Fete Für Leute, die das Normale satt haben. Und Leute, die solche Leute kennenlernen wollen. Am Sonnabend, 16. 10. 71, im von-Thadden-Heim, Hochhauskeller. Nach der Tagesschau. Homosexuelle Aktionsgruppe.

Involution bei Agnoli

Ausgangspunkt für Agnoli ist der sozioökonomische Konflikt in der westlichen Welt, der besteht „in dem Widerspruch zwischen dem individuell-privilegierten Herrschaftsanspruch von Eigentum, Verfügungsgewalt und Wissen auf der einen Seite und den Inhalten einer modernen Gesellschaft auf der anderen Seite, die auf Kollektivproduktion gegründet ist und die durch die (potenziellen oder aktuellen) Forderungen unterprivilegierter Mehrheiten in Bewegung gehalten wird.“ (S. 8). Der Prozeß der Involution (oder allgemeiner: Transformation) zeigt sich nun in dem Versuch der parlamentarischen Demokratie, diesen Widerspruch zu glätten und durch staatliche Regelungen auszugleichen, indem sie Struktur und Funktion wandelt, um in der Lage zu sein, „disziplinierend in den Widerspruch einzugreifen.“ (S. 10).

wird hier theoretisch spielerisch in formale Einseitigkeit aufgebaut, ohne daß darauf eingegangen wird, welche inhaltliche Anforderungen an einen Staat, in dem die Herrschaft vom gesamten Volk ausgeht, gestellt werden müssen. Auf die von A. zu Recht hervorgehobene Frage, ob eine echte Volksherrschaft angesichts der heutigen Verteilung der gesellschaftlichen und ökonomischen Machtmittel nicht eine grundlegende Veränderung dieser Verteilung zur Voraussetzung hat, kann F. bei seinem rein formalen Ausgangspunkt nicht eingehen.

Auch Huber²⁾ geht unter der Überschrift „Schranken der Sozialisierungsmacht“ von bestimmten formalen Institutionen des Rechtsstaates aus, durch die das Prinzip der Gerechtigkeit institutionalisiert wird. Aus der Tatsache, daß durch Sozialisierungsgesetze unter anderem die Prinzipien der Vereinigungsfreiheit, der Berufsfreiheit und der Gleichheit eingeschränkt werden könnten, schließt er, daß „die individualrechtlichen Garantien der Art. 2, 9, 14 GG in ihrem Wesensgehalt fast vollständig vernichtet“ werden, „wenn aller Grund und Boden, alle Naturschätze und alle Produktionsmittel zum Zweck der Gesellschaft in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt würden.“³⁾ An diesen formalen Prinzipien muß also eine Sozialisierung auf jeden Fall ihre Grenze finden. Die Frage wird nicht dahingehend untersucht, ob nicht z. B. durch eine Sozialisierung der Produktionsmittel etwa das Prinzip der Gleichheit besser ausgefüllt werden könnte als bisher. Auch hier also nicht die Frage der Gerechtigkeit und der Demokratie in der Produktionssphäre, sondern lediglich das Ausspielen des formalen Rahmens des Rechtsstaats. Dadurch wird — entgegen Art. 15 GG — das Prinzip der Verfügungsgewalt weniger über die Produktionsmittel im Grunde genommen doch als vorgegeben betrachtet und abgesichert.

Dies ist natürlich folgerichtig, wenn man einmal die Erkenntnis gewonnen hat, daß „ein konsequent entwickeltes Wirtschaftsverfassungsrecht wirtschaftsdemokratischer Struktur... nicht nur die Marktwirtschaft auf(hebt), sondern... notwendigerweise auch das Fundament verändert, „auf dem die parlamentarische Demokratie überlieferten Stils ruht.“⁴⁾

Nur zum Teil technologisch bedingt, ist die Transformation der Demokratie somit „sowohl Modernisierung des Staates im Sinne einer Angleichung an neue Formen des Lebens (an die sogenannte Massengesellschaft), als auch Verbesserung im Sinne der Modernisierung von Herrschaftsmitteln“ (S. 10). Dabei bleibt „im Prinzip... das Wertesystem — die normativen, rechtlich-moralischen Ideen — erhalten.“ Die Analyse dieses Problems hält A. für um so dringlicher, als die westliche Gesellschaft ihren demokratischen Charakter („die Grundlage der geschichtlichen Rechtfertigung des Kapitalismus gegenüber allen Revolutionsbestrebungen“ — S. 12) immer nur an den Normen und Organen des sie organisierenden Staates nachweist, nicht aber am Prozeß ihrer Produktionsweise.

Ob dieser Ausgangspunkt von A. richtig ist, soll an Hand von zwei Beispielen aus der Rechtslehre überprüft werden. Die Zurücksetzung der Bedeutung der ökonomischen Bedingungen hinter einen rein formal rechtsstaatlich-gesehenen Mythos der Gerechtigkeit zeigt sich deutlich bei Forsthoff. Nach F. muß der Rechtsstaat „formal, das heißt von bestimmten Strukturelementen der Verfassung her“ verstanden werden⁵⁾.

Außerdem ist der Rechtsstaat „an den bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen status quo gebunden.“⁶⁾ Wie F. den status quo versteht, ergibt sich klar aus dem dieser Besprechung vorangestellten Zitat. Der Begriff des Rechtsstaats

die Möglichkeit des Widerstandes wird nach A. von zwei Grundelementen bestimmt; einmal von der Weiterentwicklung der bürgerlichen Gesellschaft selbst („sozialer“ Charakter des Kapitalismus — betriebliche Sozialleistungen etc.), wodurch die Belegschaft besser als durch den Einsatz der Staatsmittel — Armee und Polizei — diszipliniert werden soll. Zweitens durch die Organisation des freien kapitalistischen Marktes unter teilweise Einschränkung der Privatinitiative und der freien Konkurrenz. Ziel ist, die Lohnabhängigen mit der dadurch erreichten relativen Freiheit und der Idee der Partnerschaft zu befrieden und somit besser zu integrieren. Dabei ver-

Verbotsanträge

„So hat sie (die DKP, die Red.) beispielsweise bei der Domestizierung fanatisierter jugendlicher Revolutionäre vorzügliches geleistet, vor allem ihr Präsidiumsmitglied Kapulke ist zu erwähnen...“ (Aus der FAZ vom 10. 7. 71)

Dieses Lob der engagiert kapitalfreundlichen FAZ hat sich die DKP wirklich verdient. Wie ihr Hochschulblager Spartakus an den Universitäten die politischen Aktivitäten der Studenten für Reformen und Reformen durch grenzüberschreitende Politik kanalisieren will, so tut es die Mutterpartei im Betriebsbereich durch „domestizierung“ Mitbestimmungsforderungen.

Daß der DKP dabei alle im Wege sind, die ihre Politik als revisionistisch entlarvt, als verätherische und eben nicht kommunistische Politik, leuchtet ein. Folgerichtig ist „eine wichtige Aufgabe der ideologischen Arbeit“ der DKP der „Kampf gegen... den Maoismus in der Bundesrepublik“ und die „ultralinken Spaltergruppen“ (aus der Düssel 41 des DKP-Parteitag in Düsseldorf). Beliebtestes Spartakus-Schulungsthema: Der Linke Radikalismus. Beliebteste These: Die Maoisten machen „rechte Politik mit linken Phrasen“.

Konsequenterweise unterstützen DKP-Mitglieder einen Antrag der IG Metall/Ortsverwaltung Duisburg an den Gewerkschaftstag, in dem die IGM aufgefordert wird, „den maoistischen Gruppierungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten“ und sich „bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß die politische Tätigkeit maoistischer

Gruppen in der BRD auf die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz (!) überprüft wird“, denn deren Ziel sei es, „die freiheitlich-demokratische Ordnung der BRD zu zerstören“. Im gleichen Antrag folgt der beliebte bürgerliche Trick, rechts gleich links zu setzen, indem die „Maoisten“ der „Übereinstimmung mit neonazistischen Parolen und Methoden“ geziehen werden.

Daß ein solcher Verbotsantrag aus den „Arbeiterorganisationen“ IGM und DKP kommt, zeigt, daß sich das gesamte bürgerliche Lager, von NPD/CSU bis Gewerkschaften und DKP, über den gemeinsamen Feind, die Marxisten-Leninisten, einig ist. Die DKP, deren Mitglieder Lukrawka (Betriebsratsvorsitzender bei Rhein Stahl Meiderich) und Karin Wolk (Vorsitzende des IGM-Ortsjugendausschusses) den zitierten Antrag befürworteten, hat sich (wieder einmal) als willfähriger Handlanger der Herrschenden erwiesen.

Streng auf Verfassungstreue bedacht und ohne Furcht vor Verbotsanträgen (die ja von der „sozialliberalen“ Regierung erst kürzlich ausdrücklich abgelehnt wurden), stellt die DKP sich eindeutig auf die Seite der Gegner des Kommunismus.

Ein führendes SDAJ-Mitglied: „Wenn die Gewerkschaftsführer gegen euch (gemeint sind KPD/ML und Rote Garde) vorgehen, so ist das vollkommen richtig. Und wir unterstützen die bürgerlichen Parteien gegen euch, weil wir euch ja eines Tages ebenfalls verbieten müßten.“

Men like its flavor Women love its aroma RUM and MAPLE PIPE MIXTURE 2.50 Gratismuster • PLANTA • Berlin 61

Contacta Institut Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et. Anpassung unsichtbarer Augengläser bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen des bewährten Systems Müller-Welt